

BULLETIN N°93 – Dezember 2025

Botschaft des FMA-Präsidenten

Liebe Mitglieder,

die letzte Ausgabe des Jahres 2025 lädt uns dazu ein, über eine Reihe wichtiger Entwicklungen nachzudenken, die die Europäische Union in den kommenden Jahren prägen werden. Der Eröffnungsartikel enthält einen kurzen, aber aktuellen Verweis auf den Beginn des Gesetzgebungsverfahrens für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2028-2034). Diese Einleitung fügt sich nahtlos in den übergeordneten Schwerpunkt des Bulletins „Optionen für das globale Währungssystem“ ein. Angesichts des raschen Wandels des internationalen Finanzsystems, der durch technologische Innovationen, sich verändernde wirtschaftliche Dynamiken und Veränderungen in den globalen Machtstrukturen vorangetrieben wird, helfen uns diese Diskussionen, den größeren Kontext zu verstehen, in dem die langfristige Haushaltsplanung Europas stattfindet. Die hier versammelten Artikel bieten eine Reihe von Perspektiven zu diesen Themen und veranschaulichen die Komplexität der Fragen, die bei der Vorbereitung der EU auf den nächsten Programmplanungszeitraum eine Rolle spielen.

Wie in der letzten Ausgabe dieses Bulletins angekündigt, führte die FMA im November 2025 unter der dänischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union eine Studienreise nach Dänemark durch. Dieser Besuch bot Gelegenheit, die von der Präsidentschaft identifizierten Schwerpunktbereiche, insbesondere Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit, zu erkunden und gleichzeitig Raum für Diskussionen über soziale Angelegenheiten, das Wohlergehen junger Menschen sowie Klima- und Umweltprobleme zu schaffen. Unsere Treffen mit nationalen Behörden, Sozialpartnern, Experten und Organisationen der Zivilgesellschaft ermöglichten einen konstruktiven Meinungsaustausch darüber, wie die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen in einem von raschen Veränderungen und zunehmenden globalen Herausforderungen geprägten Kontext zusammenarbeiten können. Dieses Bulletin enthält Beiträge von Teilnehmern der Reise, die Überlegungen zu dänischen Ansätzen in Bereichen wie Arbeitsbeziehungen, Initiativen zur Unterstützung junger Menschen und Umweltüberwachung anstellen.

Neben diesen zentralen Themen beleuchtet diese Ausgabe auch die anhaltende Bandbreite der Aktivitäten der Vereinigung im Laufe des Jahres, von unserer Zusammenarbeit mit dem Netzwerk ehemaliger Mitglieder in Saint-Malo zum Thema Meeresschutz und maritime Diplomatie bis hin zu unserer laufenden Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet-Haus.

Das Programm „EP to Campus“ floriert ebenfalls weiterhin und bietet ehemaligen Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Erfahrungen mit Studierenden an Universitäten in ganz Europa und darüber hinaus, von Taiwan bis Pavia, zu teilen. Diese Aktivitäten leisten weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des staatsbürgerlichen Bewusstseins und zur Förderung eines tieferen Verständnisses für die Arbeit des Europäischen Parlaments.

Mit Blick auf das nächste Jahr lade ich Sie ein, sich den Termin für ein besonderes Ereignis vorzumerken: den 25. Jahrestag der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments, der am Dienstag, dem 2. Juni 2026, stattfinden wird. Dieses Jubiläum ist ein wichtiger Meilenstein für unsere Vereinigung, und wir freuen uns darauf, es gemeinsam zu feiern. Am folgenden Tag wird unsere Jahreshauptversammlung stattfinden. Weitere Einzelheiten werden in den kommenden Monaten bekannt gegeben, und ich hoffe, dass viele von Ihnen an diesem bedeutenden Moment in der Geschichte der FMA teilnehmen können.

Zum Ende dieses Jahres möchte ich allen Mitgliedern, die zu unseren Aktivitäten und zu diesem Bulletin beigetragen haben, meinen tiefen Dank aussprechen. Ihr Engagement, Ihr Fachwissen und Ihr Einsatz stärken weiterhin unsere Mission, den Dialog, die Demokratie und die europäische Bürgerschaft zu fördern.

Ich wünsche Ihnen allen friedliche Feiertage und einen guten Jahresausklang und freue mich darauf, unsere Zusammenarbeit im Jahr 2026 fortzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Hänsch

Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder

Aktuelle Themen: Das Legislativverfahren zum MFR hat begonnen

Die Arbeit am EU-Haushalt ist, wie wir ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments nur zu gut wissen, nicht allein von finanziellen Fragestellungen geprägt. Sie ist vor allem auch eine Debatte über das Aktionsprogramm, geplante politische Maßnahmen, die Reaktion auf neue Herausforderungen und den Umfang der Mitwirkung der einzelnen Mitgliedstaaten an der Umsetzung künftiger Maßnahmen.

In ihrem Rahmen werden auch die Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen aller EU-Organen, sprich des Parlaments, des Rates und der Kommission, auf die Probe gestellt.

Das bevorstehende Ende des derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 (MFR) markiert den Beginn eines komplexen Gesetzgebungsverfahrens.

Aus der Erfahrung wissen wir, dass es einige feststehende Elemente bei diesem Prozess gibt: Die Kommission legt nach den ersten Konsultationen einen neuen Entwurf für den MFR vor. Daraufhin beginnt der Rat der EU mit seiner Arbeit daran. Das Parlament wartet dabei nicht etwa auf den Zeitpunkt, an dem es wie im Vertrag vorgesehen dem einstimmig angenommenen Vorschlag des Rates zustimmen soll, sondern bringt sich frühzeitig in das Gesetzgebungsverfahren ein, indem es seine parlamentarischen Instrumente nutzt.

Der Prozess wurde nun offiziell entsprechend dem Legislativfahrplan eingeleitet. Heißt das, dass wir nunmehr wieder zur Tagesordnung übergehen können?

Das ist meiner Ansicht nach nicht der Fall, da heute alles vor einem anderen politischen und wirtschaftlichen Hintergrund geschieht. Der anhaltende Krieg in der Ukraine, die notwendigen Zusatzausgaben für Rüstungsgüter, die Unterstützung der Ukraine und eine Erhöhung der Ausgaben für Sicherheit im weiteren Sinne wirken sich auf die Haushaltsdebatte aus. Die sich verändernden Wirtschaftsbedingungen, neu definierte Beziehungen zu den USA und die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu steigern, sind ebenfalls wichtige Faktoren bei der Gestaltung der Agenda der EU. Darüber hinaus müssen die im Rahmen des Aufbauinstruments „NextGenerationEU“ aufgenommenen Darlehen zurückgezahlt werden, woraus sich klar ergibt, dass der Verhandlungsprozess sehr schwierig sein wird.

Die Kommission hat eine völlig neue Struktur des MFR unterbreitet, bei der nicht nur die Ausgabenlast von der Kohäsionspolitik und der Landwirtschaft auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit verlagert wird, sondern auch eine andere Art und Weise der Umsetzung der Maßnahmen in den verschiedenen Politikbereichen vorgeschlagen wird.

Die erste Reaktion des Parlaments (Schreiben der vier Fraktionen PPE, S&D, Renew und Verts/ALE vom 30. Oktober 2025 an die Präsidentin der Kommission) ist sehr entschieden und äußerst kritisch mit Blick auf den Vorschlag ausgefallen. Die Kritik bezog sich sowohl auf die Gestaltung des MFR als auch auf das Risiko einer Renationalisierung europäischer Politikbereiche sowie das Versäumnis, für eine aktive Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bei der Ausarbeitung und Umsetzung der nationalen und regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) zu sorgen. Die Mitglieder wiesen auf die Rolle hin, die dem Parlament im Entscheidungsverfahren zukommen, und forderten eine angemessene Form der institutionellen Vereinbarung. Damit bekräftigte das Parlament seinen Entschluss, bei

der Vorbereitung des neuen MFR tatkräftig aufzutreten, zumal es schon die MdEP Siegfried Mureşan (PPE, RO) und Carla Tavares (S&D, PT) als Chefunterhändler benannt hat.

Es wurden bereits Gespräche innerhalb der Behörden der Mitgliedstaaten als auch in Verbänden der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie in gesellschaftlichen Organisationen und Wirtschaftsverbänden aufgenommen.

Die Kommission reagierte zudem auf die Bedenken des Parlaments und schlug vor, die Organisation der NRPP zu ändern und ländliche Gebiete und die Rolle der Regionen im Entscheidungsprozess zu berücksichtigen. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Organisation des Treffens der Präsidentinnen und Präsidenten des Parlaments, der Kommission und des Rates, wie es im Vertrag vorgesehen ist.

Das zeigt, dass die Verhandlungen trotz des relativ frühen Zeitpunkts bereits weit fortgeschritten sind.

Das Parlament hat begonnen, seinen Standpunkt für den Zwischenbericht auszuarbeiten, der voraussichtlich im Frühjahr vorgelegt wird. Dänemark, dessen Vorsitz im Rat sich dem Ende neigt, beabsichtigt, bis zum Jahresende seine Vorschläge für ein Verhandlungspaket (Verhandlungsbox) vorzulegen.

Wir müssen uns also auf ein Jahr intensiver Arbeit in allen Organen und im Parlament auf ein Jahr hitziger Debatten einstellen, zu denen die derzeitige Zusammensetzung sicherlich beitragen wird.

Jan Olbrycht

EVP, Polen (2004-2024)

Ko-Berichterstatter für den MFR 2021-2027

Aktuelle Themen: Das Parlament des Westens

Mit ihrem Parlament, das als Institution nicht mehr wegzudenken ist, trotz der Europäischen Union den immensen Widrigkeiten unserer Zeit und ebenso den Schwierigkeiten im Inneren, indem sie eine Politik betreibt, die sich den weltweit zu beobachtenden negativen Entwicklungen entgegenstemmt.

Manche behaupten, dass das Völkerrecht inzwischen vom Recht des Stärkeren abgelöst wurde. Und es stimmt, dass in der heutigen Zeit übermächtige Widersacher überall gegenwärtig sind. Eine Tatsache lässt sich jedoch gegen dieses angebliche Verschwinden des Völkerrechts anführen. Denn in Wahrheit gibt es einen bestimmten wohlbekannten Ort, wo sich Delegierte, die in freien Wahlen in 27 Staaten gewählt wurden, zusammenkommen, um gemeinsam abzustimmen und dabei Verfahren anwenden, bei denen das Völkerrecht inzwischen auch zu einem Verfassungsrecht geworden ist.

Manche behaupten, dass die eigentliche Politik der Parteien nur in den einzelnen Nationalstaaten im Sinne ihrer jeweiligen landeseigenen Identität betrieben wird. Dem ist entgegenzusetzen, dass sich im Europäischen Parlament an die zwei- bis dreihundert nationale Parteien aus 27 Staaten auf wundersame Weise zu acht Fraktionen zusammengeschlossen haben. Sie entdecken dort in ihren jeweiligen politischen "Familien" Gemeinsamkeiten, bei denen sich eine Zusammenarbeit immer noch lohnt. Hartnäckig wird dieser Kampf mit den Methoden der europäischen parlamentarischen Demokratie für jeden sichtbar ausgefochten, was ein lebendiger Gegenentwurf zur blinden Politik der rohen Gewalt ist.

Manche behaupten, dass der Westen nach einem langen Verfallsprozess nun endgültig Geschichte ist. Das mag sein. Seine unvergessenen Werte bleiben jedoch als kleiner aber bedeutungsvoller Lichtblick zurück, zum Beispiel in den Abstimmungen in Straßburg und in Brüssel – auch wenn sie hart umkämpft sind. Eigentlich ist nur wichtig, dass es noch einen Ort auf unserer chaotischen Welt gibt, an dem „das Recht auf eine Volksvertretung“ weiterhin gelebt und sogar von einem supranationalen Gerichtshof kontrolliert wird. Das stellt vielleicht das wichtigste Alleinstellungsmerkmal des Westens dar.

Auf der anderen Seite ist es nicht das erste Mal, dass der Westen und alles, was er repräsentiert, vor scheinbar unlösbare Herausforderungen gestellt wurde. Er zeigte sich jedoch stets widerstands- und anpassungsfähig.

In einer Zeit, in der die transatlantischen Beziehungen immer mehr abkühlen und die einstige Festung USA ihre eigenen Prinzipien missachtet, lässt die Bastion Europa mit ihrer parlamentarischen Demokratie nicht locker. Sie wirkt wie ein bunter Farbtupfer – klein, aber sichtbar – in dem eintönigen Grau der Autokratien der Welt.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrhunderte haben uns gelehrt, dass Republiken nicht ewig bestehen bleiben, wenn sie sich nicht erneuern. Der richtige Weg zur Erneuerung liegt dabei darin, sich auf die eigenen ursprünglichen Prämissen wieder zu besinnen. Das gilt natürlich auch für die Europäische Union, und zwar besonders in diesen Tagen, in denen sie einen symbolhaften Gegenpol zu der Irrationalität der rohen Gewalt bildet.

Ohne eine Erneuerung bliebe die EU zwar weiterhin ihren Prinzipien treu, aber aufgrund der Herausforderungen der heutigen Zeit würde die europäische parlamentarische Demokratie jedoch Gefahr laufen, nur noch ein einsamer Fels in der Brandung zu bleiben, auch wenn sie weiterhin als möglicher Ort der Gegenbewegung und des Widerstands gefürchtet wird.

Dennoch besteht die Notwendigkeit zu einer institutionellen Generalüberholung. Schließlich haben wir beide geschichtlichen Entwicklungen schon einmal erlebt, und es ist keine hohle Rhetorik, wenn man daran erinnert, dass es in Europa war, wo sich jemand zum ersten Mal eine Politik in ihrem vorstaatlichen Zustand vorstellen konnte. Und es war dort, wo sich eine großartige Kulturdurch nationale Grenzen nicht einengen ließ. Das waren andere Menschen und andere Zeiten, das steht außer Frage. Aber insgesamt lässt sich festhalten, dass die nach wie vor fortbestehende parlamentarische Demokratie, die von Straßburg in alle 27 Hauptstädte weitergetragen getragen wird, nicht das letzte Kapitel einer geschichtlichen Ära sein muss, sondern vielmehr der Beginn einer neuen Zukunft unter der altbekannten Flagge des Westens.

Andrea Manzella

SPE, Italien (1994-1999)

Aktuelle Themen: Es ist an der Zeit, den schlafenden Riesen zu wecken

In Brüssel ist wieder einmal von der „Vollendung des Binnenmarkts“ die Rede, dem Kernstück der Empfehlungen in den so wichtigen Berichten von Enrico Letta und Mario Draghi. Die Antwort der Kommission darauf ist ihrem neuen Arbeitsprogramm mit den entsprechenden Prioritäten zu entnehmen. Es ist jedoch notwendig, sich stärker den vordringlichsten Aufgaben davon zuzuwenden, bei denen rasche Fortschritte erzielt werden können.

Für viele Mitglieder des VEM handelt es sich dabei jedoch um eine altbekannte Forderung, die wir bereits klar und deutlich vernommen haben, als die Kommission im Jahr 2000 die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung vorlegte. Ihr Ziel war es, die EU „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Dies sollte bis 2010 erreicht werden. Die Strategie erhielt starke politische Unterstützung, und das Europäische Parlament richtete gar einen Sonderausschuss ein, mit dem die Umsetzung vorangetrieben werden sollte.

In vielerlei Hinsicht blieb die Lissabon-Strategie indes hinter den Erwartungen zurück. Ihr ist es jedoch hauptsächlich zu verdanken, dass ein erheblicher Anteil der EU-Investitionen in den Bereich Forschung und Entwicklung floss. Seitdem konnten sich neue wissenschaftlichen Ansätze und entsprechende Technologien stetig weiterentwickeln. Europas Problem besteht nach wie vor darin, dass die Ergebnisse dieser Forschung nur allzu häufig unseren Unternehmen nicht dazu verholfen haben, mit innovativen Produkten und Dienstleistungen für jedermann zu Weltmarktführern aufzusteigen. Der größte „Binnenmarkt“ der Welt vermag es leider nicht, Unternehmern herausragende Möglichkeiten zu bieten, ihre Ideen zu vermarkten. Mit ihm wurde nicht die Rahmenbedingungen geschaffen, die notwendig wären, um mit Investitionen für das Wachstum dieser Unternehmen zu sorgen. Es ist höchste Zeit, dass diese Schwächen beseitigt werden.

Digitale Lösungen sorgen für erhöhte Produktivität und verbessern die öffentlichen Dienstleistungen. Durch die Nutzung dieser Technologien fördert man das Wachstum und schafft neue Arbeitsplätze. Die künstliche Intelligenz steht im Mittelpunkt vieler Debatten, doch handelt es sich bei ihr lediglich um einen weiteren Schritt beim digitalen Wandel, der bereits im Gange ist. Im Zuge dieser Digitalisierung steigt der Anteil der Dienstleistungen an der Wirtschaft in der EU. Allerdings ist die Tatsache, dass es bislang nicht gelungen ist, das volle Potenzial des wachsenden Dienstleistungssektors zu erschließen, ein klarer Beleg für das Versagen des Binnenmarkts. Das Europäische Parlament trug entscheidend dazu bei, dass die Dienstleistungsrichtlinie von 2006 verabschiedet wurde. Bei mehreren aufeinanderfolgenden Überprüfungen hat sich jedoch gezeigt, dass der erwartete Nutzen dieser Richtlinie bislang ausgeblieben ist. Der Hauptgrund dafür ist, dass die Mitgliedstaaten den Anbietern grenzüberschreitender Dienstleistungen weiterhin Steine in den Weg legen und die Kommission sich wiederum nicht durchsetzen kann. Die in der Binnenmarktstrategie 2025 vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen müssen daher unbedingt rascher durchgeführt werden.

Innovativen kleinen Unternehmen kommt eine Schlüsselrolle zu, wenn es darum geht, den Binnenmarkt wachzuküssen. Erfreulicherweise wird ihre Rolle in der diesjährigen Start-up- und Scale-up-Strategie der Kommission zur Gründung neuer und Weiterentwicklung junger Unternehmen gebührend gewürdigt. Diese Unternehmen können ihr Wachstumspotenzial

häufig deswegen nicht in vollem Masse ausschöpfen, weil sie nicht an das nötige Kapital herankommen und weil sie durch regulatorische Hindernisse ausgebremst werden. Die geplanten Maßnahmen, mit denen diese Mängel behoben werden sollen, müssen Priorität haben. In der Strategie wird auch auf das weitgehend ungenutzte Potenzial der öffentlichen Vergabe von Aufträgen hingewiesen. Die entsprechenden Richtlinien dazu aus dem Jahr 2014 werden derzeit von der Kommission überarbeitet. Wenn diese im nächsten Jahr ihre Reformvorschläge unterbreiten wird, muss sie einen mutigen Ansatz verfolgen, um das enorme Potenzial zu erschließen, das in der öffentlichen Auftragsvergabe schlummert, wenn es darum geht, Innovationen den Weg zu ebnen. Der „Lisbon Council“, der treffenderweise nach der zuvor erwähnten Lissabon-Strategie benannt ist, hat dies auch in seiner aktuellen Studie hervorgehoben. Darin heißt es, dass es neben den Bemühungen, mit staatlichen Mitteln in Jungunternehmen zu investieren, auch noch den schlafenden Riesen des Marktes für die öffentliche Auftragsvergabe gibt, der mit seinem Volumen von zwei Billionen Euro also 400 Mal größer ist als die öffentlichen Investitionen in Risikokapital.

Es ist an der Zeit, das das Zukunftsszenario von Lissabon endlich Gestalt annimmt.

Malcom Harbour

EVP/ECR, Vereinigtes Königreich (1999-2009 und 2009-2014)

Aktuelle Themen: Europa sollte seinen Kleinunternehmen nicht den Boden unter den Füßen wegziehen

Als ehemaliger Abgeordneter und Geschäftsmann ist mir bewusst, wie schwierig es ist, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Verbraucherschutz und der Förderung des Unternehmertums zu erreichen. Europa hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Gesetz über digitale Dienste zu Recht strenge Standards eingeführt, die auch durchgesetzt werden müssen. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, anzuerkennen, dass kleine Unternehmen auf rechtmäßige, auf Einwilligung beruhende Instrumente angewiesen sind, um in umkämpften Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben.

Trotz hochrangiger Berichte wie dem Draghi-Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, in dem vor sinkender Produktivität und übermäßigen regulatorischen Belastungen gewarnt wird, sowie wiederholter Bedenken der Vereinigten Staaten bezüglich einer Überregulierung hat die EU noch nicht den richtigen Weg gefunden. Es gestaltet sich nach wie vor schwierig, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Verbraucherschutz und der Förderung von Wachstum herzustellen. Das Gesetz über digitale Fairness ist der nächste Test dafür, ob es Brüssel gelingt, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen und gleichzeitig für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und Gemeinschaften dienen, keine neuen Hürden aufzustellen.

Eine aktuelle Umfrage der European Public Policy Partnership (EPPP), in der 2 092 kleine und mittlere Unternehmen befragt wurden, bestätigte, was Unternehmer bereits wussten: Knapp zwei Drittel der Unternehmen, die online Werbung betreiben, gaben an, Instrumente zur Zielgruppenanalyse zu nutzen, die Faktoren wie Standort, Alter oder Interessen berücksichtigen, um die richtigen Personen zu erreichen. Diese Art der Werbung bildet heutzutage die Grundlage dafür, wie kleine Unternehmen mit ihren Kunden in Kontakt treten. Darüber hinaus gab die Hälfte der kleinen und mittleren Unternehmen in Mittel- und Osteuropa an, dass mindestens ein Viertel ihres Gesamtumsatzes durch zielgruppenspezifische Werbung generiert werde – ein klares Zeichen dafür, dass es sich dabei um einen treibenden Faktor für die Unternehmensleistung handelt.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die Instrumente funktionieren. Die am häufigsten genannten Vorteile sind, dass neue Kunden gewonnen werden (ca. 66 %), Menschen in der Nähe erreicht werden (ca. 43 %) und der Umsatz gesteigert wird (ca. 34 %). Blickt man über einzelne Transaktionen hinaus, so geben rund 84 % an, dass Online-Anzeigen es ihnen ermöglichen, mit größeren oder etablierteren Konkurrenten in Wettstreit zu treten. In der Praxis sollte ein fairer Wettbewerb bedeuten, dass kleine und große Unternehmen die gleichen Chancen haben.

Im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste verbietet die EU bereits die Werbung mit sensiblen Daten und die gezielt an Minderjährige gerichtete Werbung, und diese Vorschriften sollten auch weiterhin konsequent durchgesetzt werden. Wenn neue Maßnahmen jedoch so weit gehen, dass die alltägliche, auf Einwilligung beruhende Personalisierung von Werbung nicht mehr möglich ist, dann werden kleine und mittlere Unternehmen das als Erste zu spüren bekommen.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass knapp die Hälfte von ihnen fürchtet, Kunden zu verlieren (48 %) bzw. einen Rückgang der Gesamtleistung zu verzeichnen (46 %), wenn die

zielgruppenspezifische Werbung eingeschränkt wird. Diese Zahlen ziehen praktische Konsequenzen wie Einstellungsentscheidungen und Änderungen bei Preisen oder Produktlinien nach sich. Das Wachstum hat aber noch eine andere Seite, nämlich die Messung.

Der Großteil der befragten Werbetreibenden beobachtet, welche Strategien für sie funktionieren. Wird ihnen diese Möglichkeit genommen, gehen viele Unternehmen von schwächeren Kampagnen und einem langsameren Wachstum aus, da sie keine Schlüsse aus ihren Daten mehr ziehen und ihre Ausgaben entsprechend anpassen können. Das Zusammenspiel ist einfach: Mit gezielten Werbeanzeigen können die richtigen Personen erreicht und mit Messungen der Erfolg dieser Maßnahmen überprüft werden. Im Rahmen der DSGVO und des Gesetzes über digitale Dienste benötigen kleine und mittlere Unternehmen beides und profitieren auch von beidem.

Das ist auch ein Aufruf zur Wettbewerbsfähigkeit. Europa kann strenge Schutzmaßnahmen durchsetzen und dennoch seine Unternehmer unterstützen. Die hier genannten Daten stammen nicht von Plattformen, sondern sie spiegeln die tägliche Realität kleiner und mittlerer Unternehmen wider, die versuchen, in einem Markt erfolgreich zu sein, in dem hohe Standards gesetzt werden. Wenn neue Regelungen auf Einwilligung beruhende Instrumente unbrauchbar machen, hat das nicht nur für Big-Tech-Unternehmen Folgen. Stattdessen werden vor allem jene Unternehmen betroffen sein, die zur Beschäftigung vor Ort beitragen, den Gemeinschaften dienen und die regionale Wirtschaft unterstützen.

Die Stimmen von kleinen und mittleren Unternehmen sollten in diesem Prozess gehört werden. Die politischen Entscheidungsträger müssen sicherstellen, dass der endgültige Gesetzesvorschlag die Bürgerinnen und Bürger schützt und gleichzeitig den kleinsten Unternehmen Europas faire Wettbewerbsbedingungen bietet. Es ist möglich, diese Ausgewogenheit zu erreichen – wie die Fakten zeigen.

Ivan Štefanec

EVP, Slowakei (2014-2024)

Aktuelle Themen: Wenn Menschen sich im Zwiespalt befinden

Seit 2020 wurden in den USA 373 Menschen Opfer von politisch motivierten Gewalttaten.¹

37 dieser Todesfälle ereigneten sich dieses Jahr.

Die Motive für die Taten reichen von ideologischen Überzeugungen bezüglich des Rechts auf Abtreibung oder der Meinungsfreiheit bis hin zur Radikalisierung durch Verschwörungstheorien.

Doch ist es jemals richtig, dass Menschen aufgrund ihrer Überzeugungen angegriffen werden?

Heutzutage ist es zunehmend schwieriger, sich im Sinne der Haltung „Der einzige Tyrann, den ich in dieser Welt anerkenne, ist die leise innere Stimme“ zu äußern.

Auch hier in Europa steigt die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten: als eine Form des Protests, aufgrund ideologischer Gegensätze oder durch eine polarisierende Politik.

Im Jahr 2018 wurde ich eingeladen, Gründungsmitglied der Gruppe „Open Future“ (offene Zukunft) der Wochenzeitung „The Economist“ zu werden, die eingerichtet wurde, um über politische Prioritäten und Werte des 21. Jahrhunderts zu diskutieren. Das Interesse an einem Dialog war auf jeden Fall gegeben! Damit diese Diskussionen jedoch in einem respektvollen Rahmen geführt werden, ließen wir uns von den folgenden Grundsätzen leiten, die auch heute noch von Bedeutung sind:

- Wenn ich mit etwas nicht einverstanden bin, kritisiere ich die Idee und nicht die Person.
- Ich achte darauf, dass Gespräche konstruktiv und sinnvoll sind.
- Ich bin offen für andere Sichtweisen.

Bei den Debatten auf der Plattform „Open Future“ kamen stets sowohl Kritiker als auch Befürworter zu Wort. Der gemeinsame Nenner war, eine respektvolle Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Thema zu fördern.

Was ich in der Politik schätze, sind Ehrlichkeit und ein korrekter Umgang mit politischen Gegnern, Kompetenz und Anstand, Respekt gegenüber Andersdenkenden, wirksam über heikle Themen zu sprechen – mit gesundem Menschenverstand und angemessenem Verhalten. All das ist keine Illusion. Wir müssen von unseren Führungspersonlichkeiten mehr verlangen.

Gewaltvolle Rhetorik ist nicht akzeptabel, und wir als Gesellschaften müssen eine Entschuldigung von jenen fordern, die uns damit konfrontieren.

Im Rahmen des Programms „Topical Talk“ (Gespräche zu aktuellen Themen) von „The Economist“ werden in Bildungseinrichtungen auf der ganzen Welt Kompetenztrainings

¹ Die Daten wurden von der Wochenzeitung „The Economist“ bereitgestellt.

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.

Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

veranstaltet, bei denen den Schülerinnen und Schülern gezeigt wird, wie man in herausfordernden Situationen einfühlsam und konstruktiv kommuniziert. Sie lernen, dass man unvoreingenommen miteinander spricht und sich Dinge aus verschiedenen Sichtweisen anhört.

In dem gefährlich aufgeladenen politischen Klima, das gerade herrscht, müssen wir die volle Verantwortung für unsere Kommunikation übernehmen und die Konsequenzen tragen, wenn Gegner durch unsere Rhetorik angestachelt werden. In unseren Gesellschaften wird es immer politische Auseinandersetzungen, abweichende Meinungen, kulturelle Konflikte sowie unterschiedliche Ansichten über Werte und Traditionen geben. Aber Hass und Gewalt sind keine Antwort darauf. Wir können uns aktiv gegen eine Politik des Hasses und der Gewalt entscheiden – und diejenigen, zu denen wir aufschauen, nachdrücklich auffordern, dasselbe zu tun. Sie vor allen anderen müssen der Sprache des Hasses und der Gewalt widersagen – über das gesamte politische Spektrum hinweg und überall auf der Welt. Bevor es für uns alle zu spät ist und wir den Punkt erreichen, an dem es kein Zurück mehr gibt.

Mariela Baeva

ALDE, Bulgarien (2007-2009)

Aktuelle Themen: Politiker könnten einiges aus den Geschichtsbüchern lernen

Die anhaltenden Kämpfe in Europa werden um Gebiete ausgetragen, die historisch keiner der Konfliktparteien gehörten.

Die Gebiete der Kiewer Rus wurden von einem slawischen Volk besiedelt, das seine eigene Sprache und Kultur hatte – den Ruthenen. Auch das (Groß-)Fürstentum Moskau, der Vorgänger des heutigen Russlands, hatte seine eigene Sprache und Kultur.

Sowohl die Kiewer Rus als auch das Großfürstentum Moskau wurden von nomadischen Tatarenstämmen angegriffen. Die Großfürsten Litauens erkannten die wachsende Bedrohung entlang ihrer Grenzen und dehnten ihr Reich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer aus. Nachdem sie die Tataren im Kampf besiegt hatten, annektierten sie die geschwächten Gebiete der Kiewer Rus und gründeten das Großfürstentum Litauen. Zu dieser Zeit gab es weder ein ukrainisches Volk noch einen ukrainischen Staat. In den Grenzgebieten der Kiewer Rus (Ruthenien) lebten Bauern, denen das Recht gewährt wurde, Waffen zur Selbstverteidigung zu tragen. Es handelte sich bei diesen Bauern um die sogenannten Kosaken – oder, um den slawischen Ausdruck zu verwenden, das Volk der „okraina“ (auf Deutsch „Randgebiet“). Der Begriff „Okrainer“ findet sich in schriftlichen Quellen erstmals Mitte des 17. Jahrhunderts, etwa zu der Zeit, als der Kosakenstaat gegründet wurde.

Als die Gefahr von Überfällen durch die Tataren nachließ, übergab das Großfürstentum Litauen die Herrschaft über die ruthenischen Fürstentümer dem Königreich Polen. Obwohl die ruthenische, die russische, die ukrainische und die belarussische Sprache zu derselben Gruppe der slawischen Sprachfamilie gehören, unterscheiden sie sich doch voneinander. Nachdem die stärkeren Mächte aus benachbarten Gebieten das Gebiet der Kiewer Rus unter sich aufgeteilt hatten, wurden die Ruthenen in die Randgebiete des Großfürstentums Moskau und des Kosakenstaats verdrängt.

Viele Ruthenen siedelten in die Fürstentümer Wolhynien und Galizien um, deren Hauptstadt schließlich Lwiw (Lemberg) wurde. Das Volk der Kosaken war politisch geteilt: Die Kosaken, die sich am Ostufer des Flusses Dnjepr (Dnipro) befanden, schlossen sich dem russischen Staat an, während diejenigen, die am Westufer siedelten, enge Beziehungen zu Polen pflegten, obwohl sie nie offiziell Teil des Landes wurden.

Die Kosaken im Westen versuchten, ihre Allianz mit Polen zu nutzen, um es in einen Krieg gegen Russland und die Kosaken im Osten zu verwickeln, aber auch sie unterzeichneten später einen Vertrag mit Russland. Die Kosakenarmee ist sicherlich auch in Westeuropa ein Begriff, denn sie kämpfte an vorderster Front für die Kaiserliche Russische Armee.

Der ukrainische Staat wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge der Russischen Revolution gegründet. Nach der Revolution und dem darauffolgenden Bürgerkrieg agierten viele rivalisierende Gruppen im Südwesten des ehemaligen Russischen Kaiserreichs. Da es keine stabile Regierung gab, proklamierte die bolschewistische Kommunistische Partei die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik.

Das Gebiet der heutigen Ukraine deckt sich jedoch nicht vollständig mit den Grenzen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, jener Nation, die die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnete. In den 1950er-Jahren gliederten die sowjetischen Staatsorgane die Krim an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik an und schlugen ihr weitere Territorien zu.

Die Ursprünge des heutigen Konflikts reichen Jahrhunderte zurück. Es ist ein Konflikt zwischen den von Russland unterstützten Ostukrainern und der Bevölkerung im Südwesten, zu der die Ruthenen, die Kosaken und diejenigen gehören, die Ukrainer genannt werden. Wie bereits vor 300 Jahren streiten die verschiedenen Kosakengruppen auch heute noch um natürliche Ressourcen und fruchtbares Land und versuchen, Nachbarländer in den Konflikt hineinzuziehen. Heute kennen die EU-Länder, die an die Ukraine angrenzen, die Geschichte der Region sehr gut und sind vorsichtiger, wenn es um einen militärischen Konflikt geht. Leider gibt es Menschen, die versuchen, diese Unterschiede zum Gegenstand politischer Diskussionen zu machen. Wenn wir ehrlich sind, sind nur die Ruthenen die rechtmäßigen Erben der Kiewer Rus.

Margarita Starkevičiūtė

ALDE, Litauen (2004-2009)

Margarida Marques, für den Rhein-Donau-Korridor ernannte Koordinatorin

Das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts erfordert Verkehrsnetze – transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-V) –, die für eine ungehinderte Mobilität von Personen und Gütern sorgen können. Bekanntlich gibt es heute aufgrund fehlender grenzüberschreitender oder sogar intermodaler Verbindungen innerhalb der Mitgliedstaaten enorme Blockaden.

Die Europäischen Verkehrskorridore sind die Instrumente, durch die die Verwirklichung dieser Netze gefördert und ausgeweitet werden soll – stets im Hinblick darauf, das europäische Ziel eines nachhaltigen Verkehrs zu erreichen und die europäische Wirtschaft zu stärken.

Die Europäischen Koordinatoren wiederum treten als Triebkräfte und Vermittler auf, um Projekte, die sich für die Umsetzung echter Korridore eignen, voranzubringen. Sie führen diese Arbeit im Rahmen eines systematischen Dialogs mit Regierungen, lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Investoren und Interessenträgern. d. h. wichtigen Akteuren, die an der Verwaltung grenzüberschreitender und nationaler Projekte von europäischer Relevanz entlang des Korridors beteiligt sind, durch. Dabei fördern sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, einschlägigen interessierten Kreisen, dem Korridorforum und der Kommission.

Ihr Auftrag besteht darin, die allgemeine Entwicklung des Korridors durch spezifische Koordinierungsmaßnahmen voranzubringen, insbesondere in Bezug auf Investitionen in das Projekt, die Zuweisung nationaler und europäischer Mittel oder andere Maßnahmen zur Förderung eines wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystems. Tatsächlich werden Europäische Koordinatoren benannt, um die koordinierte Umsetzung der Europäischen Verkehrskorridore, des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (European Rail Traffic Management System, ERTMS) und des Europäischen Seeverkehrsraums zu erleichtern. Dies alles geschieht unter den wachsamen Blicken des Europäischen Parlaments, das regelmäßig über die Ziele der einzelnen Korridore, aber auch über die erzielten Fortschritte informiert wird.

Die wichtigsten Projekte sind die Beseitigung der Engpässe für die Schifffahrt auf der Donau und anderen Binnenwasserstraßen sowie die grenzüberschreitenden Eisenbahnabschnitte Dresden-Prag, Prag-Wien, Bratislava-Budapest und Budapest-Bukarest und wichtige nationale Abschnitte, darunter Stuttgart-Ulm.

Das Verfahren zur Ernennung der Koordinatoren umfasst deren Ernennung durch die Kommission auf der Grundlage einer Reihe von Kompetenzkriterien, gefolgt von einer Anhörung in der Gruppe der Koordinatoren des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments, einem Beschluss der Konferenz der Staats- und Regierungschefs und einem Beschluss des Ministerrates der EU. Sobald dieses Verfahren abgeschlossen ist, nimmt die Kommission mit Zustimmung der Mitgliedstaaten, durch die ein Korridor verläuft, die Ernennung vor.

Ich habe diese Aufgabe gerne angenommen, wohl wissend, welche Herausforderungen damit verbunden sind. Ich sehe darin einen weiteren Beitrag zu einem besseren Funktionieren des Binnenmarktes und der europäischen Wirtschaft, kurz gesagt, zur Vertiefung des europäischen Aufbauwerks.

Margarida Marques

S&D, Portugal (2019-2024)

Der Aufbau der Verteidigungs- und Sicherheitsfähigkeiten der Europäischen Union

Vom 5. bis zum 7. November 2025 durfte ich an einer Reise des VEM nach Dänemark teilnehmen. Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des VEM und unseren dänischen Kolleginnen und Kollegen dafür danken, dass sie diesen sehr schönen Besuchstermin organisiert haben. Wir hatten dort die Gelegenheit, konstruktive Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern des dänischen Parlaments, der Regierung des Landes, von Kommunen und nichtstaatlichen Organisationen über europäische Themen zu führen.

Ich möchte besonders den Einsatz Dänemarks hervorheben, die Verteidigungs- und Sicherheitsfähigkeiten Europas zu stärken sowie die Ukraine bei ihren Kriegsanstrengungen zu unterstützen.

Das Programm des dänischen Vorsitzes enthält zwei vorrangige Ziele: Bis 2030 muss die EU in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen und sie muss weiterhin den Kampf der Ukraine für Frieden und Freiheit unterstützen. Während unserer Diskussion mit den dänischen Kolleginnen und Kollegen waren wir uns einig, dass die für das Jahr 2030 gesetzte Frist, in der die EU ihre Fähigkeit zur Selbstverteidigung erreichen will, ambitioniert ist. Um dieses Ziel zu erfüllen, muss die EU nicht nur zu ihrer wettbewerbsfähigen wirtschaftlichen Stärke zurückfinden, sondern auch ihre Verteidigungs- und Sicherheitsfähigkeiten wiedererlangen. Dafür ist der Aufbau einer starken europäischen Rüstungsindustrie notwendig.

Ich erinnere mich an eine Aussage der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel aus dem Jahr 2012: „Wenn Europa sieben Prozent der Weltbevölkerung ausmacht, etwa 25 Prozent des Weltinlandsprodukts erwirtschaftet und 50 Prozent aller Sozialausgaben überhaupt zu finanzieren hat, dann muss es hart arbeiten, um wettbewerbsfähig zu bleiben.“ Ihre Hauptaussage war, dass die Lage unhaltbar geworden war und Europa sich anpassen musste, um seinen Wohlstand zu bewahren. Die Situation hat sich seitdem jedoch weiter verschlimmert. Die Bevölkerung der EU macht nur noch 5,5 % der Weltbevölkerung aus, erwirtschaftet jetzt nur noch etwa 17 % des Weltinlandsprodukts und wird weiterhin stark durch seine Sozialausgaben belastet. Wie den Berichten von Enrico Letta und Mario Draghi zu entnehmen ist, hat die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU im Vergleich zu den USA und China abgenommen. Außerdem hat die EU drei wichtige Säulen eingebüßt, die vorher ihre geopolitische und wirtschaftliche Position getragen haben: den durch die US-Streitkräfte gewährten Schutzschirm, die Versorgung mit günstiger Energie aus Russland und die Verfügbarkeit kostengünstig produzierter Waren aus China. Deshalb verändert sich die politische Landschaft der EU, damit diese neuen Herausforderungen bewältigt werden können.

Auf dem NATO-Gipfeltreffen im Juni 2025 in Den Haag haben sich die Staats- und Regierungschefs darauf geeinigt, bis 2035 jährlich 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ihres Landes in die Verteidigung und Sicherheit zu investieren, wobei 3,5 % für den Kernbedarf der Verteidigung und 1,5 % für Investitionen zur Unterstützung der Verteidigung und Sicherheit vorgesehen sind. Angesichts der Tatsache, dass die NATO-Mitgliedstaaten zurzeit im Durchschnitt lediglich 2,1 % ihres BIPs für Verteidigung ausgeben, bedarf es eine bedeutende Erhöhung der Rüstungsausgaben, um dieses Fünf-Prozent-Ziel zu erreichen. Viele Mitgliedstaaten der EU sind indes immer noch damit beschäftigt, ihre Staatsverschuldung zu bewältigen. Obwohl die Erhöhung des Verteidigungsbudgets wenig Anklang findet, ist sie im

Hinblick auf die wachsenden und bestehenden Sicherheitsbedrohungen von wesentlicher Bedeutung. Die Friedensdividende, über die sich Europa einst erfreute, existiert nicht mehr. Im Jahr 2024 betrugen die weltweiten Ausgaben für Verteidigung 2,718 Billionen USD. Dieser Wert ist inflationsbereinigt um 37 % höher als 2015.

Sowohl wir als auch unsere dänischen Kolleginnen und Kollegen sind davon überzeugt, dass die Verteidigungs- und Sicherheitsfähigkeiten der EU in enger Zusammenarbeit mit der NATO aufgebaut werden müssen. Die USA und das Vereinigte Königreich bringen wichtige atomare Fähigkeiten in diese Partnerschaft, die für die nukleare Abschreckung von großer Bedeutung sind.

Dänemark ist ein Vorbild für alle Mitgliedstaaten der EU im Hinblick auf sein Engagement, der Ukraine sowohl durch finanzielle Hilfen als auch mit militärischer Ausrüstung beizustehen. Die Unterstützung der EU für die Kriegsanstrengungen der Ukraine muss jedoch in den nächsten Jahren steigen, und zwar vor allem deshalb, weil die USA ihren Beitrag schrittweise verringern. Angaben des „Economist“ zufolge flossen zwischen 2022, dem Beginn des Krieges in der Ukraine, und 2025 insgesamt 206 Milliarden USD aus Europa in das Land, während die USA 133 Milliarden USD beisteuerten. Im Zeitraum von 2026 bis 2029 wird die Ukraine ungefähr 389 Milliarden USD in Form von finanzieller Unterstützung und Waffen benötigen – etwa das Doppelte der europäischen Unterstützung im Zeitraum von 2022 bis 2025. Die EU-Bürger müssen bereit sein, ihre Regierungen bei der Zuweisung von ausreichenden Ressourcen und Militärhilfen an die Ukraine zu unterstützen. Das ukrainische Volk verteidigt nicht nur sein eigenes Land, sondern schützt auch die europäischen Werte, wie Demokratie und Freiheit.

Die Delegation des VEM stimmt unseren dänischen Kolleginnen und Kollegen voll und ganz darin zu, dass die EU die Ukraine auch weiterhin durch zivile Hilfe unterstützen sollte. Dabei sollte der Fokus darauf gelegt werden, das wirtschaftliche Wachstum zu fördern, den Ausbau der Infrastruktur voranzutreiben und Reformen anzustoßen, durch die die Ukraine einer EU-Mitgliedschaft näherkommt.

Dr. Theodor Stolojan

EVP, Rumänien (2007-2019)

Die Soziale Dimension Während Des Dänischen Ratsvorsitzes

Das Aktionsprogramm des dänischen Ratsvorsitzes „Ein starkes Europa in einer Welt im Wandel“ beruht auf der allgemeinen Einschätzung, dass die EU mit einer neuen internationalen Ordnung konfrontiert ist, die von Unsicherheit, globalem strategischem und wirtschaftlichem Wettbewerb und sich verschärfenden Konflikten geprägt ist, und sie deshalb in der Lage sein muss, eigenständig zu handeln. Das Programm ist daher auf zwei übergeordneten Zielen aufgebaut: der Entwicklung eines sicheren sowie eines wettbewerbsfähigen und grünen Europas.

Um das Wettbewerbsziel zu erreichen, wurde die soziale Dimension der europäischen Integration in das Programm aufgenommen. Dabei wird betont, dass die EU ausreichenden Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften benötigt, um wettbewerbsfähig zu sein; dieser Zugang wird durch freie und faire Mobilität, angemessene Arbeitsbedingungen, berufliche Weiterbildung und Umschulung und eine gesunde und sichere Arbeitsumgebung ermöglicht. Daher wird der Ratsvorsitz den sozialen Dialog auf nationaler und europäischer Ebene fördern, da dieser eine entscheidende Rolle bei der Politikgestaltung und der Umsetzung von politischen Abkommen in konkrete Ergebnisse für Arbeitnehmer, Unternehmen und die europäische Wettbewerbsfähigkeit spielt. Aufbauend auf dem neuen Pakt für den europäischen sozialen Dialog ist der dänische Ratsvorsitz bestrebt, den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu stärken.

Im Zuge des Besuchs von ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments in Kopenhagen vom 5.-7. November wurde deutlich, dass die dänische Seite die nationale Ebene als diejenige Ebene ansieht, die für die Förderung der sozialen Agenda der europäischen Gesellschaften am wichtigsten ist. Das intensive Programm, das vom Sekretariat des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments und Kollegen aus Dänemark optimal koordiniert wurde, bot wertvolle Einblicke in die Besonderheiten des dänischen Sozialmodells und dessen Zusammenwirken mit der Sozialpolitik auf EU-Ebene. Diesbezüglich waren die Treffen und Diskussionen mit Kirsten Jensen (Bürgermeisterin von Hillerød), Henrik Møller (stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten im dänischen Parlament) und weiteren hochrangigen Mitgliedern des Ausschusses besonders relevant. Ebenfalls zentral war der Besuch des Arbeitermuseums einschließlich eines Treffens mit Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern sowie das Treffen mit dem ehemaligen dänischen Premierminister und Gründer von Headspace Dänemark, Paul Nyrup Rasmussen.

Während des Besuchs wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass das gesamte politische, wirtschaftliche und soziale Leben Dänemarks nicht auf normativen Vorgaben von oben beruht, sondern auf der Verpflichtung zur Konsensbildung von unten. Dadurch bietet das dänische Sozialsystem allen Dänen Leistungen wie Arbeitslosengeld, Beihilfen für Menschen mit Behinderungen, Rente und Hinterbliebenenrente praktisch kostenlos an, und zwar nicht im Sinne einer institutionalisierten wohltätigen Gabe, sondern als moralisch gerechtfertigte soziale Rechte, die durch Steuern und Abgaben finanziert werden. Was das Ziel betrifft, Vollbeschäftigung zu erreichen und aufrecht zu erhalten, entspricht der spezifisch dänische Ansatz dem Konzept und der Politik der Flexicurity (Flexibilität und Sicherheit): Mit diesem System lassen sich gegensätzliche Herausforderungen wie Beschäftigungssicherheit und die Notwendigkeit einer wettbewerbsorientierten Umschichtung von Arbeitskräften miteinander vereinbaren. Daher setzen sich sowohl Politiker als auch Sozialpartner nachdrücklich für das einzigartige dänische Arbeitsmarktmodell ein und sind entschlossen, es vor EU-

Rechtsvorschriften mit negativen Auswirkungen abzuschildern – unter anderem haben sie ein Gerichtsverfahren gegen die EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne angestrengt. (Ein eigener Artikel in dieser Ausgabe beschäftigt sich eingehender mit diesem Modell.)

Dennoch waren sich alle bewusst, dass in der heutigen Zeit mit ihren extremen Herausforderungen und Einschränkungen selbst mit diesem weit entwickelten Sozialsystem nicht mehr die gesamte – wachsende – Bandbreite und Komplexität sozialer Probleme und Krisen erfolgreich bewältigt werden kann – bzw. dies auch nicht erwartet werden kann. Vor allem der Gründer von Headspace, Paul Nyrup Rasmussen, vertrat diese Ansicht und plädierte für die Entwicklung einer Art „Sozialsystem 2.0“. Er veranschaulichte diese Notwendigkeit damit, dass immer mehr junge Menschen mit psychischen Problemen zu kämpfen haben, diese Probleme jedoch nicht schwerwiegend genug sind, um eine spezialisierte psychiatrische Behandlung zu erfordern, und daher von den Standardleistungen der Gesundheitsversorgung nicht abgedeckt werden. Diese Lücken im „Sozialsystem 1.0“ waren es, die Rasmussen bewegten, Headspace als Netzwerk von Zentren und Freiwilligen aufzubauen, die sich der Aufgabe widmen, zu erkennen, wenn junge Menschen Probleme haben, heilende Gespräche mit ihnen zu führen und ihnen weiterführende, lebensverändernde Praktiken zu lehren, mit denen Angstzuständen, Stress und Entfremdung vorgebeugt werden kann und sie überwunden werden können.

Abschließend eine Überlegung zu der Wechselbeziehung zwischen der Integration auf nationaler und auf europäischer Ebene vor dem Hintergrund der dänischen Erfahrung im Bereich der sozialen Dimension der EU. Es ist offensichtlich, dass Dänemark seinen Partnern in der Europäischen Union und darüber hinaus viele gute Beispiele aus seiner Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu bieten hat. Gleichzeitig stehen die dänischen Sozialpartner und Politiker unter fortwährendem Druck seitens der Kommission und des Gerichtshofs, Richtlinien und Entscheidungen auf EU-Ebene zu bestätigen. Angesichts der wiederauflebenden Spannungen zwischen der nationalen und der supranationalen Ebene der EU-Integration wäre es vielleicht sinnvoll, einen flexibleren Ansatz in Betracht zu ziehen, bei dem die Festlegung von Standards auf Unionsebene mit der Ausarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen auf nationaler Ebene verknüpft wird.

Georgi Pirinski

S&D, Bulgarien (2014-2019)

Frühzeitige psychologische Unterstützung, die auf die Bedürfnisse junger Menschen abgestimmt ist

Angesichts der zunehmenden internationalen Konflikte und Instabilität, der steigenden Lebenshaltungskosten und der Klimakrise überrascht es nicht, dass psychische Probleme, insbesondere bei jungen Menschen, zunehmen. In Europa ist fast jeder Fünfte im Alter von 10 bis 19 Jahren von einer psychischen Erkrankung betroffen, und fast die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen hätte mehr Unterstützung im Bereich der psychischen Gesundheit nötig.²

Herkömmliche Systeme der psychischen Gesundheitsversorgung konzentrieren sich in der Regel stark auf den Aspekt der Behandlung, insbesondere im Rahmen klinikbasierter Strukturen. Diese Strukturen sind wichtig für diejenigen, die sie benötigen. Viele benötigen sie jedoch nicht – zumindest noch nicht. Vielmehr kann man mit frühzeitigen Hilfsangeboten ihren Bedürfnissen viel besser gerecht werden und – was noch wichtiger ist – verhindern, dass junge Menschen später auf intensivere Versorgungsleistungen zurückgreifen müssen. Dadurch wird das Leben der Betroffenen weit weniger beeinträchtigt und zugleich lassen sich erhebliche wirtschaftliche Einsparungen erzielen: Jeder Euro, der für Maßnahmen im Bereich der psychischen Gesundheit von Jugendlichen ausgegeben wird, kann über 80 Jahre eine Investitionsrendite von 23,60 EUR erzielen.³

Dänemark ist international bekannt für sein umfassendes gemeinwohlorientiertes Gesundheitssystem. Es gibt jedoch eine Initiative, die in der Zivilgesellschaft verwurzelt ist und junge Menschen sehr erfolgreich unterstützt, *bevor* sie dieses System benötigen.

Bei headspace Dänemark bieten geschulte Freiwillige Beratung für junge Menschen an, und zwar ganz auf deren Bedürfnisse abgestimmt. Kein Problem ist zu groß oder zu klein, es gibt keine Wartezeiten, und es ist keine Überweisung oder Diagnose erforderlich – headspace will seine Unterstützungsangebote ohne jegliche Hürden zugänglich machen.

Ziel der headspace-Beratung ist es nicht, Ratschläge zu geben oder Therapien anzubieten, sondern jungen Menschen mit Offenheit und Neugier zu begegnen und ihnen dabei zu helfen, ihre Situation besser zu verstehen und zu bewältigen. headspace ist eng in das örtliche Dienstleistungssystem eingebunden und bietet über „headspace Outreach“ auch Workshops zur Gesundheitsförderung sowie im Rahmen von „headspace Family“ Unterstützung für Familien und Angehörige an.

² Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, 2024: Policy brief 2: Child and adolescent mental health. The State of Children in the European Union 2024 (Kurzbericht Nr. 2: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Die Lage der Kinder in der Europäischen Union 2024). Verfügbar unter: <https://www.unicef.org/eu/media/2576/file/Child%20and%20adolescent%20mental%20health%20policy%20brief.pdf>

³ Stelmach R., Kocher E. L., Kataria I., Jackson-Morris A. M., Saxena S., Nugent R.: The global return on investment from preventing and treating adolescent mental disorders and suicide: a modelling study (Die globale Kapitalrendite aus der Prävention und Behandlung von psychischen Störungen und Suizid bei Jugendlichen: eine Modellierungsstudie). BMJ global health. 2022 Jun 1;7(6):e007759.

headspace wurde 2013 gegründet und verfügt inzwischen über 38 Zentren in ganz Dänemark sowie einen Online-Chat-Dienst. Seit der Eröffnung hat headspace mehr als 90 000 junge Menschen durch direkte Beratung unterstützt und mehr als 460 000 junge Menschen mit den Aktivitäten von „headspace Outreach“ erreicht. Derzeit engagieren sich über 700 Freiwillige ehrenamtlich bei headspace, unterstützt von 160 festangestellten Mitarbeitern.

Und wir wissen, dass der Ansatz von headspace Dänemark funktioniert. Aktuell führt die Copenhagen Research Unit for Recovery eine fünfjährige Evaluierung⁴ der Beratungstätigkeit von headspace Dänemark durch. Unterstützt wird sie dabei von TrygFonden. Die Evaluierung soll 2027 abgeschlossen werden, doch erste Ergebnisse zeigen, dass junge Menschen, die zu headspace kommen, im Vergleich zu einer Kontrollgruppe ein gesteigertes Wohlbefinden aufweisen. Die weltweit führende Forschungsorganisation im Bereich der psychischen Gesundheit junger Menschen, Orygen, hat kürzlich auch einen Bericht über [headspace Dänemark](#) veröffentlicht, in dem das Potenzial des Ansatzes zur Unterstützung junger Menschen in unterschiedlichen Kontexten weltweit hervorgehoben wird. Diese Botschaft steht in engem Einklang mit den [Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation](#) zur Rolle allgemeiner Unterstützungsdienste wie headspace.

Es ist Zeit, neue Wege einzuschlagen, wenn es um die psychische Gesundheit junger Menschen geht, und Dänemark nimmt auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle ein. Das headspace-Modell dient anderen Ländern als Vorbild und wurde bereits von den Niederlanden, Norwegen und Island übernommen. Und die Liste wächst: Derzeit läuft ein Projekt zur Einrichtung eines ähnlichen Dienstes in der Ukraine, mit dem junge Menschen unterstützt werden sollen, die seit mehr als drei Jahren mit den Auswirkungen des Krieges konfrontiert sind.

Wie geht es nun weiter? Dieser Ansatz ist kostengünstig und wirksam, er ist auf die Bedürfnisse junger Menschen abgestimmt und kann leicht angepasst und auf neue Umgebungen übertragen werden. Bei Fragen oder Anregungen kontaktieren Sie bitte Nina Moss unter nimo@detsocialenetvaerk.dk. Weitere Informationen über headspace Dänemark finden Sie [hier](#).

Poul Nyrup Rasmussen

SOC (2004-2009), Dänemark

Gründer von headspace Dänemark

pnr@detsocialenetvaerk.dk

Britta Thomsen

SOC (2004-2014), Dänemark

britta.thomsen@mail.tele.dk

⁴ Bjørkedal S. T., Christensen T. N., Poulsen R. M., Ranning A., Thorup A. A., Nordentoft M., Bojesen A. B., Hastrup L. H., Ustrup M., Eplov L. F.: Study protocol: an effectiveness, cost-effectiveness, and process evaluation of headspace Denmark (Studienprotokoll: Evaluierung der Wirksamkeit, der Kosteneffizienz und der Prozesse von headspace Dänemark). Frontiers in Public Health. 2025 Apr 7;13:1491756.

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.

Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

Das dänische Arbeitsmarktmodell und die Europäische Union: ein gemeinsames Anliegen der Sozialpartner

Zunächst möchten wir eines klarstellen: Die Sozialpartner hier in Dänemark sind weiterhin überzeugte und nachdrückliche Befürworter der Europäischen Union. In den vorliegenden Ausführungen wird zwar argumentiert, dass europäische und dänische Politiker von einer politischen Einflussnahme absehen sollten, vor allem, wenn es sich um unser Arbeitsmarktmodell handelt, trotzdem unterstützen wir eine Vielzahl von Maßnahmen der EU, wie den europäischen Binnenmarkt, ambitionierte Klimaziele und eine Technologiepolitik, durch die Europa weltweit wettbewerbsfähig bleibt - um nur drei der vielen wichtigen Themen zu nennen, für die die EU gute Lösungsansätze für unseren Kontinent bietet.

Wir repräsentieren den wichtigsten Arbeitnehmer- und Unternehmensverband in Dänemark bzw. die dänische Gewerkschaft, die sich vornehmlich um Arbeitnehmer in der Industrie kümmert und die über etwa 100 000 Mitglieder verfügt. Obwohl wir während der Tarifverhandlungen harte Verhandlungen führen, basieren diese auf gegenseitigem Respekt und dem Willen, für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden. Wir teilen auch gemeinsame Ansichten zu verschiedenen politischen Themen. Die Politik der EU und unser Arbeitsmarktmodell sind dafür zwei gute Beispiele. Das dänische Arbeitsmarktmodell zeichnet sich durch starke Sozialpartner, produktive und innovative Unternehmen, einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und Tarifverträge aus, die sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern gute Bedingungen bieten. In Dänemark gibt es keinen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn. Wir haben keinen politisch festgelegten Rahmen für unsere Tarifverhandlungen. Alles basiert auf den Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern. Es ist eine Konsequenz und eine Voraussetzung dieses Systems, dass dänische Politiker eine Einflussnahme auf Themen im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt tunlichst vermeiden. Stattdessen bilden unsere Tarifverträge den Rahmen für unseren Arbeitsmarkt, wovon sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmer profitieren. Das Modell wird in der Europäischen Union und weltweit als Vorbild angesehen.

Hier kommt unser gemeinsames Anliegen ins Spiel. Die Europäische Union zeigt nämlich Bestrebungen, Sachverhalte durch Gesetzgebung zu regulieren, die in Dänemark ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Sozialpartner fallen. Ein aktuelles Beispiel ist die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union. Wir respektieren und schätzen die Versuche der EU-Organe, unser Modell zu schützen. Die Richtlinie dringt jedoch in einen Bereich vor, in den wir nicht einmal unsere heimischen Politiker hineinlassen. In Dänemark bleiben Löhne und Tarifverträge ein Thema der Sozialpartner, nicht der Politiker. Wir werden diesen Bereich nicht den Politiker überlassen, weder in Dänemark noch in Europa. Als Dänemark 1973 der Europäischen Union beitrug und während der darauffolgenden EU-Referenden, war es eines der wichtigsten Anliegen der Dänen, unser Arbeitsmarktmodell zu schützen. Bei den Verträgen von Maastricht und Lissabon war die für Arbeitsentgelt geltende Ausnahme gemäß Artikel 153 Absatz 5 unsere Garantie, dass die Europäische Union niemals unser Modell gefährden würde. Das erklärt hoffentlich in ausreichendem Maße unseren Widerstand gegen die Richtlinie. Das kürzlich ergangene Urteil ist bei Weitem nicht die Nichtigerklärung, auf die wir gehofft haben. Trotzdem werden darin klare Grenzen für die direkte Einflussnahme der EU auf die Festsetzung von Löhnen gezogen,

was wir als wichtiges Signal ansehen, weitere Versuche zu unterbinden, Gesetzgebungsakte im Zusammenhang mit Löhnen in der EU zu verabschieden.

Unser Modell wurde bereits zuvor durch verschiedene EU-Richtlinien bedroht. In der Arbeitszeitrichtlinie der 1990er sollte Dänemark von der politischen Regulierung der Arbeitszeit befreit sein, die seit je her ein den Sozialpartnern vorbehaltenes Thema ist. Diese Garantien hatten jedoch nur ein paar Jahre Bestand. Dann wurde diese Regulierung gegen unseren Willen in Dänemark durchgesetzt. Unser Widerstand gegen die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne beruht auf diesen historischen Erfahrungen. Ferner steht der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Tradition, alles anzupassen und zu vereinheitlichen. Das stellt besonders in Bezug auf die Arbeitsmarktmodelle in Europa eine Problem dar, da sie in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich sind. In Dänemark wurden durch die Rechtsprechung des EuGHs mehrere Anpassungen in Regelungen notwendig, die weder Arbeitnehmer noch Unternehmen ändern wollten.

Zum Schluss möchten wir noch einmal unsere Begeisterung für die Europäische Union betonen. Sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmer in Dänemark sind sich dessen bewusst, dass eine starke EU in verschiedenen Bereichen notwendig ist. Wir stehen der Einflussnahme der EU auf das, was wir als bestes Arbeitsmarktmodell weltweit ansehen, jedoch weiterhin kritisch gegenüber. Das macht uns wahrscheinlich nicht gerade beliebt in Brüssel. Trotzdem hoffen wir, dass die Entscheidungsträger den Erfolg des dänischen Arbeitsmarkts für Unternehmen und Arbeitnehmer erkennen und von dem Plan abrücken, den Arbeitsmarkt betreffende Themen in der EU weiter zu harmonisieren.

Christoffer Thomas Skov

Leitender Direktor des dänischen Industrieverbands

Johan Moesgaard Andersen

EU-Direktor der dänischen Metallarbeitergewerkschaft

Treffen mit der Europäischen Umweltagentur (EEA)

Da war er wieder brandneu verfügbar – der Bericht zum Zustand der Umwelt in den europäischen Staaten – seit 30 Jahren aller 5 Jahre als Informationsgrundlage für politische und gesellschaftliche Entscheidungsträger durch die EEA veröffentlicht. Punktgenau für unseren Besuch im Land der Ratspräsidentschaft und viel wichtiger noch, für die anstehende COP30 - Konferenz.

Die Hauptbotschaft kann nicht eindringlicher als wie folgt formuliert werden: Der Zustand unserer Natur ist der Schlüssel für das menschliche Dasein, für Gesundheit und Wohlergehen. Zudem ist jedes wirtschaftliche Handeln abhängig und eingebettet in den Zustand von Natur und Umwelt, in die sozialen und kulturellen Belange einer Gesellschaft. Und umso mehr sollten für uns alle die Alarmglocken klingen, wenn die Ergebnisse der Wissenschaftler in zu vielen Bereichen eine rote Flagge zeigen, weil der gegenwärtige Zustand mehr als Besorgnis erregend ist. Da sind zu allererst die anhaltende und zunehmende Gefährdung unserer Biodiversität, der Zustand der Habitate, der Böden, der Einfluss der Klimaveränderungen auf unsere Ökosysteme, einschließlich der Ozeane sowie die zunehmende Knappheit von Trinkwasser zu nennen. Diese gemessenen Daten zeigen den direkten Zusammenhang mit der Entstehung von Krankheiten infolge der Luftverschmutzung oder der Aufnahme von Chemikalien und nicht zuletzt die Folgen von Extrem- Wetterereignissen auf. Im Juni/Juli 2025 starben in Europa 2300 Menschen durch Brände; weltweit starben von 1980 bis 2023 etwa 240 000 Menschen infolge extremer Klimaauswirkungen. Nicht zuletzt verursachen Klima- und Umweltschäden auch weltweite Flüchtlingsströme. Laut UN-Flüchtlingsreport verließen rund 45,8 Millionen Menschen 2024 ihre Heimat aufgrund von Katastrophen und klimabedingten Ereignissen wie Dauerregen, langanhaltenden Dürren, Hitzewellen und Stürmen sowohl kurz- als auch langfristig - das ist fast doppelt so hoch wie der Jahresdurchschnitt der letzten 10 Jahre.

Die Erkenntnisse der EEA zeigen aber auch die steigenden ökonomischen Verluste infolge der Schäden an unseren Ökosystemen. Alleine zwischen 2021 und 2023 betrug dieser Verlust in den EU-Ländern 161 Milliarden Euro. 72 % der Unternehmen in der Eurozone sind direkt abhängig vom ungestörten Zustand mindestens eines Natur-Angebots (Wasser, Böden, Luft). Europa ist der sich am schnellsten erwärmende Kontinent. Diese Veränderungen gefährden nicht nur unsere Ökosysteme, sie sind negative für unsere Sicherheit, für die Gesundheit, für die Infrastruktur und für die Wirtschaft. Die selbst gesteckten Ziele der Kreislaufwirtschaft für das Jahr 2030 sind nicht mehr erreichbar, der Ressourcen-Verbrauch läuft ungebrems weiter mit negativen Auswirkungen auf die Import-Abhängigkeit und die strategisch wichtige Autonomie. Noch nie wurden so viel Kohle, Öl und Erdgas verbrannt, wie in diesem Jahr und verursachten den höchsten CO2-Ausstoß.

Solche Fakten müssten eigentlich Politiker aller Parteien aufwecken und einen gesellschaftlichen Aufschrei verursachen – eigentlich! Leider überdecken offensichtlich die gegenwärtigen anderen Krisen, wie Kriege, Energiesicherheit, Wohnen, Lebenshaltungskosten und Pandemien das energische, nachhaltige, ja überlebenswichtige Handeln der europäischen Gemeinschaft. Wider besseren Wissens steht in der Europäischen Union eine Mehrheit mit dem Deckmantel der Entbürokratisierung für Unternehmerfreundlichen Pragmatismus anstatt für einen generationsfreundlichen Realismus.

Das ist unverantwortlich. Die Konsequenzen unseres heutigen verfehlten Handelns werden zukünftige Generationen zu tragen haben.

Leider müssen wir schon froh sein, dass die EU-Staaten mit einer abgespeckten Version ihrer Verpflichtungen zur Weltklimakonferenz nach Brasilien fahren – immerhin besser als gar keine Vereinbarung.

Dabei gibt es sie doch auch – die positiven Nachrichten, wie eine gemeinsame Umweltpolitik Wirkung zeigt. Die EU-Luftreinhalte-Richtlinien haben eine signifikante Reduzierung der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Bevölkerung bewirkt. Die Treibhausgas-Emissionen konnten bei der Energie-Versorgung, in der Industrie und im Gebäudesektor wesentlich reduziert werden, wobei es leider dringenden Nachholbedarf beim Transport und in der Landwirtschaft gibt. Erneuerbare Energien decken heute europaweit 24 % des Endenergie-Verbrauchs. Das ist eine Verdoppelung seit 2005 bei abnehmender Energieabhängigkeit von Importen und der Schaffung von Arbeitsplätzen. 6.7 Millionen Vollzeit – Arbeitsplätze sind in den Jahren 2010 bis 2022 in der Umweltschutz-Industrie entstanden.

Europa hätte die Chance, zu einem Spitzenreiter für grüne Technologien und wirklich nachhaltige und resiliente Entwicklung der Wirtschaft mit entscheidenden Wettbewerbsvorteilen bei Sicherung der Lebensqualität zu werden. Auch dafür hat das EEA in Auswertung der vorliegenden Erkenntnisse klare und zukunftsweisende Vorschläge unterbreitet. Die entscheidenden Hebel liegen in der Kombination von politischen Entscheidungen, unternehmerischen Handeln und sozial-technologischen Aspekten.

Innovation bei der Transformation von Produktion und Verbrauch in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Handelns von der Energieerzeugung über die Mobilität, den Gebäudesektor, die Nahrungsmittel erfordern entsprechende politische Rahmenbedingungen sowie nachhaltige Geschäftsmodelle. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Nun braucht es „nur“ noch die uneingeschränkte Akzeptanz und den Willen zum zukunftsfähigen Handeln der verantwortlichen Akteure auf allen politischen Ebenen und die Mitnahme der Bevölkerung. Sie sind es, die in ihrer Eigenschaft als Wähler und als Konsumenten sowie als Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung unserer Erde haben. Wir als ehemalige Mitglieder des Europaparlamentes können dafür sorgen, dass diese Botschaften verbreitet werden. Tun wir es!

Gisela Kallenbach

Greens/EFA, Deutschland (2004-2009)

Vortrag über die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der EU

Am Montag, dem 15. September 2025, habe ich einen Vortrag für Studenten aus aller Welt an der Universität Pavia gehalten. Dies geschah im Rahmen einer einwöchigen Veranstaltung der Universität mit dem Titel: „Internationales Seminar – neue Unternehmensszenarien: Innovationen, Nachhaltigkeit und Digitalisierung“. Man lud mich ein, auf der Eröffnungssitzung der Veranstaltung das Wort zu ergreifen und eine der programmatischen Reden zu halten. Ich entschied mich für das Thema: „Europäische Politik für nachhaltige und wettbewerbsfähige Unternehmen und die Rolle des Europäischen Parlaments“.

In meiner Einleitung ging ich auf die Entwicklung des Binnenmarkts seit 1999 ein, als ich begonnen hatte, mich damit zu beschäftigen. Wie ich in meiner Rede sagte, ist Jahre später immer noch viel zu tun. Ich bin der Ansicht, dass mit dem Binnenmarkt gleiche Wettbewerbsbedingungen auf der Grundlage einer größtmöglichen Harmonisierung der Rechtsvorschriften geschaffen werden sollten. Aus diesem Grund habe ich stets vorgeschlagen, Richtlinien in Verordnungen umzuwandeln, was einen Journalisten dazu veranlasste, mich als „standhaften Verteidiger des Binnenmarkts“ zu bezeichnen. Ich habe von meinen Kolleginnen und Kollegen damals wenig Unterstützung erhalten, die es offenbar vorzogen, unsere Wirtschaft übermäßig zu regulieren. Die Europäische Union hat das Potenzial, einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft den Weg zu ebnen. Aber die Frage ist, ob wir immer noch dazu in der Lage sind?“

Die Wettbewerbsfähigkeit Europas ist nur im globalen Kontext zu verstehen. Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor führend in den Bereichen Innovationen und Risikokapital und treiben den raschen technologischen Fortschritt durch einen dynamischen Privatsektor voran. Der Wettbewerbsvorteil Chinas liegt wiederum in der enormen Größe des Landes und der raschen und staatlich unterstützten Übernahme von Technologien. In Europa hingegen geht es um den Ausgleich der Interessen von 27 Mitgliedstaaten, in denen Innovationen durch Bürokratie und übermäßige Regulierung häufig verzögert werden. Mit Initiativen wie dem europäischen Grünen Deal werden zwar wichtige ökologische und gesellschaftliche Ziele verfolgt, sie dürfen jedoch nicht auf Kosten von Flexibilität und Unternehmergeist gehen. Nachhaltiges Wachstum erfordert ein Gleichgewicht zwischen Regulierung und Innovationen.

Ein möglicher Lösungsansatz ist vielleicht im Draghi-Bericht von 2024 zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zu finden. Darin wird ein „radikaler Wandel“ beim wirtschaftspolitischen Ansatz gefordert, den Europa verfolgt, und mahnend darauf hingewiesen, dass wir mit dem derzeitigen Modell langfristig unsere Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Mario Draghi schlägt entschlossene Maßnahmen vor, um der Fragmentierung des Binnenmarkts entgegenzuwirken, Investitionen in wichtigen Wirtschaftszweigen zu erhöhen und komplexe Vorschriften zu vereinfachen. In seinem Bericht wird auch die Bedeutung der strategischen Autonomie in den Bereichen Energie, Technologie und Verteidigung hervorgehoben, in denen Europa seine Abhängigkeit von externen Akteuren unbedingt verringern muss. Darüber hinaus wird Nachhaltigkeit darin als Chance und nicht als Hindernis angesehen, Denn Beschäftigung und Innovationen sollten durch den Übergang zu einer grünen Wirtschaft gefördert werden.

Die Umsetzung dieser Empfehlungen setzt voraus, dass Europa seine Denkweise von einer Bewältigung des Niedergangs hin zur proaktiven Verfolgung einer neuen Ära des Wachstums ändert. Dies sollte durch einen „großen Impuls“ in Form einer koordinierten Politik und eines

groß angelegten, zentral finanzierten Investitionsplans erreicht werden, damit die enorme Kluft zu den Wettbewerbern geschlossen werden kann. Das Europäische Parlament als Mitgesetzgeber spielt eine zentrale Rolle bei diesem Wandel, indem es dafür sorgt, dass mit Rechtsvorschriften sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die Nachhaltigkeit gefördert werden. Die neue Zusammensetzung des Parlaments nach der Wahl 2024 bietet die Chance, Prioritäten in Richtung einer wachstumsorientierten Politik neu auszurichten, ohne soziale und ökologische Ziele dabei zu vernachlässigen.

Letztlich muss sich das europäische Aufbauwerk weiterentwickeln. Nach Jahren als Mitglied im Europäischen Parlament ist es für mich klar, dass die einzige Möglichkeit, ein wettbewerbsfähiges Europa zu erreichen, darin besteht, die EU-Verträge zu reformieren und die Vereinigten Staaten von Europa in die Wege zu leiten. Europa sollte mehr in eine europäische Gefühlslage und Identität durch Kultur, Sport und Kunst investieren, damit die Europäer stolz darauf sind, Italiener, Niederländer, Belgier usw. zu sein, aber zugleich auch stolz darauf sind, Europäer zu sein.

Antonius Manders

ALDE/EVP, Niederlande (1999-2014 und 2019-2024)

Europa, Taiwan und der globale Wettlauf um KI: Überlegungen aus Taichung

Meine jüngste Reise zur Chinesischen Übersee-Universität und zur Pädagogischen Universität Changhua bot eine wertvolle Gelegenheit, Überlegungen über den Platz Europas in einer Welt anzustellen, die aufgrund von digitalen Umwälzungen im Wandel begriffen ist. Der Besuch, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag über die Ursprünge und Ziele der Europäischen Union sowie über die Auswirkungen der digitalen Revolution stand, fand in einer Atmosphäre von Neugier, Aufgeschlossenheit und bemerkenswerter Offenheit gegenüber globalen Perspektiven statt.

Die akademische Gemeinschaft Taiwans, wobei hier Dekan Henk Vynckier besonders erwähnt werden soll, zeichnet sich durch eine einzigartige Mischung aus Pragmatismus, Innovation und demokratischem Bewusstsein aus. Diese Merkmale werden immer wichtiger, da künstliche Intelligenz die geopolitische Dynamik umgestaltet.

Das zentrale Thema meines Vortrags, das im Rahmen des Programms „EP to Campus“ des VEM ausgearbeitet wurde, war der laufende globale Wettbewerb um die Führungsrolle im KI-Bereich. Zwar ist ein Großteil der öffentlichen Aufmerksamkeit auf technologische Durchbrüche ausgerichtet, doch geht es im Kern nicht bloß um die Frage, welche Region die fortschrittlichsten Systeme entwickelt. Vielmehr geht es darum, welche Werte die Zukunft von KI künftig prägen und wie sich demokratische Gesellschaften angesichts eines beispiellosen Wandels behaupten können.

Heute wird die KI-Landschaft von drei wichtigen Ansätzen dominiert.

Die Vereinigten Staaten setzen sich für ein Modell ein, das von der Dynamik der Privatwirtschaft getragen wird. Mit außergewöhnlichen Investitionen sind die USA nach wie vor der weltweit führende Innovationsmotor. Ihr komparativer Vorteil liegt in ihrem unternehmerischen Ökosystem, ihrer Fähigkeit, rasch zu expandieren, und ihrer Ausrichtung auf globale Technologieriesen. Diese Stärke bringt jedoch auch Herausforderungen mit sich: Die Debatten über das Eigentum an Daten, die Transparenz von Algorithmen und soziale Verantwortung bleiben oftmals hinter dem technologischen Einsatz zurück.

China hingegen hat eine KI-Strategie entwickelt, die stark von einer staatlichen Lenkung und einer langfristigen industriellen Planung geprägt ist. Sein Modell umfasst massive öffentliche Investitionen, zentralisierte Datenressourcen und die strategische Kontrolle über Schlüsseltechnologien. KI stellt nicht nur eine wirtschaftliche Priorität dar, sondern auch ein Instrument von Regierungsführung und staatlicher Macht. Obschon die Fähigkeit Chinas, etwas rasch umzusetzen, unbestreitbar ist, wirft der Ansatz des Landes tiefgreifende Fragen in Bezug auf Privatsphäre, Überwachung und die Rolle der Bürger im digitalen Zeitalter auf.

Europa zeigt einen dritten Weg auf. Ziel der EU ist es, zum führenden Kontinent für eine vertrauenswürdige und menschenzentrierte KI zu werden und sicherzustellen, dass Innovation im Dienst der Demokratie steht und sie nicht aushöhlt. Mit dem KI-Gesetz, dem weltweit ersten umfassenden Rechtsrahmen, hat sich die EU als weltweiter Normgeber in Stellung gebracht. In ihrem Modell wird Sicherheit, Grundrechten und Rechenschaftspflicht Vorrang eingeräumt, während neue Initiativen wie das europäische Chip-Gesetz, KI-Fabriken und der Plan für digitale Investitionen 2023-2030 darauf abzielen, die Innovationslücke zu schließen. Die Herausforderung für Europa besteht darin, diese hohen Standards mit der

Wettbewerbsfähigkeit in einem sich rasch wandelnden Umfeld in Einklang zu bringen; seine Stärke liegt jedoch darin, eine kohärente ethische Alternative aufzuzeigen.

Wo steht nun Taiwan in diesem globalen Mosaik? Taiwan ist ein maßgeblicher, wenn auch bisweilen unterschätzter Akteur im KI-Ökosystem. Als Halbleiter-Gigant fungiert es buchstäblich als Herzstück der digitalen Infrastruktur der Welt. Es vereint modernste Fertigungskapazitäten mit einer demokratischen Regierungsführung, einem geschärften Bewusstsein für Cybersicherheit und einem ausgeklügelten Verständnis der Risiken, die von autoritären Modellen der technologischen Kontrolle ausgehen.

Die strategische Position Taiwans bringt sowohl Verantwortung als auch Chancen mit sich: Es kann einen Beitrag dazu leisten, dass die Grundlagen der globalen KI (nämlich Chips, Hardware und Datensicherheit) auch künftig mit offenen demokratischen Werten vereinbar sind.

Eine solche Annäherung der Perspektiven lässt einen fruchtbaren Boden für die Zusammenarbeit zwischen Europa und Taiwan entstehen. Uns muss klar sein, dass es sich bei KI nicht nur um einen technologischen Wettbewerb handelt, sondern um einen Wettstreit um die gesellschaftliche Ausrichtung. Beide Seiten erachten Ethik, Resilienz und die Verteidigung demokratischer Normen als wichtig. Und beide Seiten sind sich darüber im Klaren, dass Wettbewerbsfähigkeit eine Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, regulatorische Entwicklung, Sicherheit von Lieferketten und akademischer Austausch erfordert.

Meine Zeit in Taichung hat diese Überzeugung noch verstärkt. Durch das Engagement der Studierenden und den zukunftsorientierten Ansatz der Universität wurde das Potenzial für vertiefte Partnerschaften in Bereichen wie KI-Governance, Halbleiterforschung, Cybersicherheit und digitale Innovation deutlich. Da Europa seine digitale Strategie stärkt und Taiwan im Technologiebereich nach wie vor weltweit eine Führungsrolle übernimmt, gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten, gemeinsam zu handeln.

Die digitale Revolution könnte sich ebenso transformativ auswirken wie einst die Druckpresse oder der Taylorismus. Anders als bei früheren Revolutionen ist die Richtung jedoch noch nicht vorgeschrieben. Demokratien müssen diese Richtung gemeinsam gestalten. Europa und Taiwan, zwei Gemeinschaften, die sich der Offenheit, dem Wissen und dem ethischen Fortschritt verschrieben haben, können viel zu dieser gemeinsamen Zukunft beitragen.

Ana Collado Jiménez

EVP, Spanien (2023-2024)

Saint-Malo: Diplomatie, Zusammenarbeit und europäisches Engagement für die Weltmeere

Wer die Ozeane schützt, schützt das Leben. Es geht dabei darum, die Luft, die wir atmen, die Lebensmittel, die wir essen, das Klima, das uns schützt, und das ökologische Gleichgewicht, das unseren Planeten erhält, zu sichern. In einer zunehmend vernetzten und immer mehr gefährdeten Welt ist der Schutz der Ozeane keine Option, sondern eine moralische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Verpflichtung. Dabei kann die parlamentarische Diplomatie, die sowohl von aktiven Parlamentsmitgliedern als auch von ehemaligen Parlamentariern betrieben wird, entscheidend zu deren Erhaltung beitragen.

So könnte man in knappen Worten die Crux der Schlussfolgerungen des Kolloquiums „Europa und das Meer – die Rolle der parlamentarischen Diplomatie“ bezeichnen, die von der Europäischen Vereinigung der ehemaligen Mitglieder der Legislativorgane der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP) in der wunderschönen Hafenstadt Saint-Malo in der Bretagne in Frankreich veranstaltet wurde. An dem Treffen nahmen ehemalige Parlamentarier aus den Mitgliedsländern des Europarats teil, darunter auch die beiden Verfasser dieses Artikels, die als Vertreter des VEM daran teilnahmen.

Im Laufe des Tages kamen renommierte Experten zu Wort, darunter Danis Bailly, Professor an der Universität der Westbretagne in Brest, und Luis Nadin de Carvalho, ehemaliger Staatssekretär und Mitglied des portugiesischen Parlaments. Hervorzuheben ist die Teilnahme von Catherine Chabaud, Mitglied unseres Vereins und prominente Persönlichkeit im Kampf für den Schutz der Ozeane. Als Journalistin, Seglerin, Mitglied der Marineakademie, Vizepräsidentin des Institut Français de la Mer und Vorsitzende des französischen Jachtclubs war sie von 2019 bis 2023 auch Abgeordnete des Europäischen Parlaments, wo sie sich aktiv für Initiativen im Zusammenhang mit der blauen Wirtschaft, dem Meeresschutz und der Meerespolitik eingesetzt hat. Mit Ihrem Engagement verfolgt Catherine Chabaud einen ganzheitlichen ethischen Ansatz in der Beziehung zwischen dem Menschen und den Meeresökosystemen.

Sie ist außerdem eine überzeugte Verfechterin der parlamentarischen Diplomatie und davon überzeugt, dass die Zusammenarbeit zwischen amtierenden und ehemaligen Parlamentariern aus unterschiedlichen Ländern eine Form des politischen Handelns ist, mit dem man Brücken baut, Konsens fördert und dauerhafte Kompromisse schafft. Damit zeigt sie, dass Parlamente neben ihrer legislativen und kontrollierenden Funktion auch als Plattformen für globale Zusammenarbeit im Dienste des Gemeinwohls fungieren können. Diese Überzeugungen wurden von allen Teilnehmern der Veranstaltung geteilt.

Auf dem Treffen wurde die „Erklärung von Saint-Malo: Europa und das Meer“ einstimmig angenommen, die von Jean-Pierre Fourré, Vizepräsident der FP-AP, und Jacques Remiller, ehemaliges Mitglied der französischen Nationalversammlung, vorgelegt wurde. Darin wird die Bedeutung der Ozeane für das klimatische, wirtschaftliche und ökologische Gleichgewicht hervorgehoben, ihr Beitrag zur Identität, Kultur und zum Wohlergehen zahlreicher Regionen sowie der Wert der parlamentarischen Diplomatie als Instrument zur Verwirklichung der Ziele, die sich die Europäische Union in diesem Bereich gesetzt hat.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Europäische Kommission in diesem Jahr den Europäischen Pakt für die Meere ins Leben gerufen hat, eine ehrgeizige Strategie, bei der alle EU-Politikbereiche im Zusammenhang mit dem Meer in einem einzigen Referenzrahmen zusammengefasst werden, um die Gesundheit der Meere wiederherzustellen, die blaue Wirtschaft zu stärken und die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Meerespolitik zu intensivieren. Dieser Pakt befasst sich mit den wichtigsten Problemen, mit denen die Meere konfrontiert sind, darunter die Wiederherstellung der Meeresökosysteme, die Unterstützung der Küstengemeinden, insbesondere der Inseln, und die Förderung der Forschung und der Sicherheit im Seeverkehr.

Forschung ist entscheidend für das Verständnis, den Schutz und die Wiederherstellung des Gleichgewichts und der Artenvielfalt der Meere. Aus diesem Grund wurde 2021 die Mission „Wiederbelebung unserer Ozeane und Gewässer“ ins Leben gerufen, eine der fünf Missionen des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovationen „Horizont Europa“ (2021–2027). Missionen sind strategische Ansätze, mit denen große Herausforderungen durch ehrgeizige, klare und messbare Ziele gelöst werden sollen. Allein bei dieser Mission konnten mehr als acht Milliarden Euro mobilisiert und über tausend konkrete Maßnahmen zur Erreichung ihrer Ziele ausgearbeitet werden.

Damit ist das Engagement der EU für den Schutz der Meere und ihrer Ressourcen klar erkennbar, mit dem Ziel, ein künftiges Meeresgesetz zu verabschieden, durch das diese Verpflichtungen zum Schutz dieser lebenswichtigen Ressource rechtlich untermauert werden, denn schließlich bedecken die Weltmeere mehr als 70 % der Erdoberfläche, produzieren mehr als 50 % des Sauerstoffs, den wir atmen, absorbieren einen Großteil des von uns ausgestoßenen CO₂, regulieren das Klima, erhalten die marine Biodiversität und stellen uns Nahrung, Arbeitsplätze und Lebensgrundlagen bereit. Sich um die Meere zu kümmern, ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit.

Die Teilnehmer dieses interessanten Treffens wurden außerdem vom Bürgermeister von Saint-Malo, Gilles Lurton, empfangen und konnten das Gezeitenkraftwerk in der Rance-Mündung besuchen, einer der Regionen der Welt mit dem größten Tidenhub (13,50 Meter), mit dessen Hilfe saubere, erneuerbare und nachhaltige Energie produziert wird. Wir besuchten auch den Offshore-Windpark in der Bucht von Saint-Brieuc unweit des Cap Fréhel. Des Weiteren nahmen wir an einer Führung durch den Palast der Herzöge von Dinan in der Stadt Matignon teil, wo uns deren historische Verbindung zur Residenz des französischen Premierministers und zum Fürstentum Monaco erklärt wurde, und zum Abschluss gab es Musik und eine Verkostung bretonischer Produkte an der Kapelle Saint-Germain.

Die Veranstaltung zeichnete sich nicht nur durch die Qualität der Vorträge und der Debatten aus, sondern auch durch die hervorragende Organisation und die herzliche und kooperative Atmosphäre unter allen Teilnehmern, die das gemeinsame Engagement für den Schutz der Meere und die Zukunft unseres Planeten widerspiegelte..

Teresa Riera Madurell
S&D, Spanien (2004-2014)

Im Jean-Monnet-Haus lebt die Inspiration Monnets weiter – mit dem neuen Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa

Vom 16. bis zum 18. Oktober 2025 fand im Jean-Monnet-Haus die erste Versammlung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa statt. Jean Monnet hatte das Komitee fast auf den Tag genau 70 Jahre zuvor gegründet. Am 7. Mai 2024 wurde es von mehreren pro-europäischen Organisationen im Europäischen Parlament wieder eingeführt und im September 2024 mit einer entsprechenden Erklärung in Ventotene (Italien) konkret ausgestaltet.

Das war jedoch nicht das erste Mal, dass das Aktionskomitee wieder ins Leben gerufen wurde. Nach 20 Jahren erfolgreicher Arbeit beendete Monnet im Jahr 1975 die Tätigkeit des „ersten“ Aktionskomitees kurz nach der Gründung des Europäischen Rates, zu dem er selbst den Anstoß gegeben hatte, und der Ankündigung der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament, was er als den Beginn einer neuen Generation von führenden Politikern begrüßte, die durch demokratische Legitimität gestärkt werden. Monnet, der damals schon fast 90 Jahre alt war, hatte entschieden, nicht mehr von seinem Zuhause in Houjarray nach Paris zu pendeln, wie er es so häufig tat. Stattdessen konzentrierte er sich auf seine Memoiren. Einige Jahre nach Monnets Tod im Jahr 1979 setzte sein enger Mitarbeiter Max Kohnstamm das Aktionskomitee mit neuen Zielen wieder ein. Kohnstamm selbst hielt das erste Aktionskomitee in den zwanzig Jahren seines Bestehens für essenziell für jeden einzelnen Arbeitsschritt (Ausarbeitung der Römischen Verträge, Verankerung pro-europäischer Ideale in nationalen Parteisystemen, Überwindung institutioneller Blockaden wie der Politik des leeren Stuhls und Beitritt Großbritanniens). Im zweiten Aktionskomitee wiederum konzentrierte er sich auf die Vollendung des Binnenmarkts und die Einführung einer einheitlichen Währung.

Auf Wunsch seiner Fürsprecher ist das Jean-Monnet-Haus zum Zentrum dieses dritten Komitees geworden: Es fungierte nicht nur als Veranstaltungsort für das erste Treffen, sondern auch als Annahmestelle für die Dokumente und Rückmeldungen, die aus den Diskussionen hervorgehen. Das Team des Jean-Monnet-Hauses hat sich dieser Aufgabe gestellt: Es organisierte am 11. Februar ein informelles Arbeitsseminar zur Geschichte des Aktionskomitees und bereitete Hintergrundinformationen für die Teilnehmenden der ersten Versammlung im Oktober vor. Zu diesen Teilnehmenden gehörten Enrique Barón, Josep Borrell, Othmar Karas, Enrico Letta, Mario Monti, Ana Palacio, Andrea Wechsler und Klaus Welle. Christian Mangold, Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Parlaments, und Fernando Sampedro, spanischer Staatssekretär für die Europäische Union, eröffneten die Gespräche. Teil des Programms war eine gut besuchte öffentliche Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages des Aktionskomitees, bei der ich das Vergnügen hatte, Gilles Grin, Direktor der Jean-Monnet-Stiftung für Europa, begrüßen zu dürfen, der einen Vortrag über die Geschichte und die Entwicklung von Monnets Aktionskomitee hielt.

Zu diesem Anlass schien es angebracht, daran zu erinnern, dass Victor Hugo in seiner Eröffnungsrede beim Weltfriedenskongress 1849 in Paris als einer der Ersten von dem Ziel gesprochen hatte, Vereinigte Staaten von Europa zu schaffen. Da dieses Jahr auch der 140. Jahrestag seines Todes ist, ließ die Kunstsammlung des Europäischen Parlaments dem Jean-Monnet-Haus eine Büste von Hugo – eine Kopie des Originals aus Marmor, die 1889 von Marius Mercier für den Victor-Hugo-Salon im Palais du Luxembourg angefertigt wurde. Dieses Kunstwerk verlieh mit seiner Gegenwart einer ehrgeizigen Idee, die sich nun als zukunftssträchtig erweist, noch mehr historische Tiefe.

Martí Grau Segú

*Leiter der Dienststelle Jean-Monnet-Haus und Kurator des Jean-Monnet-Hauses,
Generaldirektion Kommunikation, Europäisches Parlament*

Das dritte Aktionskomitee: konkrete Schritte für eine föderale Neugestaltung

In einer sich verändernden Welt, in der traditionelle Bündnisse unter Druck stehen, aufstrebende Mächte die globale Ordnung neu gestalten und Herausforderungen in den Bereichen Technologie, Demografie, Ökologie und Verteidigung entschlossenes Handeln erfordern, kann sich die EU keine halbherzigen Maßnahmen leisten. Die Erklärung, die am 18. Oktober 2025 vom Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa im Jean-Monnet-Haus, in dem wir überaus freundlich empfangen wurden, angenommen wurde, enthält eine klare politische Agenda zur Sicherung eines wirklich souveränen und demokratischen Europas.

In dem Dokument werden drei Ziele genannt, die gleichzeitig verfolgt werden müssen: 1) die vollständige Umsetzung der Berichte von Letta und Draghi, 2) die Schaffung einer umfassenden, gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik, und 3) die Überarbeitung der Entscheidungsfindung. Ich werde diese Ziele nacheinander erläutern und im Anschluss darauf eingehen, wie sie zusammenhängen.

1. Vollendung des Binnenmarkts und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Ein Eckpfeiler der Erklärung ist die vollständige Umsetzung der Berichte von Letta und Draghi als wesentliche Instrumente, um den Binnenmarkt zu vollenden und die wirtschaftliche und technologische Souveränität Europas zu stärken. Das Aktionskomitee fordert die Kommission nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass dieses Ziel bis 2028 erreicht wird, da es sich hierbei nicht um Beratungsdokumente, sondern um verbindliche Fahrpläne für Reformen handelt. Auf diese Weise kann die Union ihre gesteigerte Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zum Rückgrat ihrer sozialen Marktwirtschaft und geopolitischen Macht machen. Diesbezüglich ist auch ein ambitionierterer Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 nötig.

2. Schaffung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik

Draghi selbst erkennt, dass wirtschaftliche Stärke allein nicht ausreicht, um ein geopolitischer Akteur zu sein. Daher werden die über den Europäischen Rat handelnden Mitgliedstaaten in der Erklärung ausdrücklich dazu aufgefordert, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik gemäß Artikel 42 des Vertrags über die Europäische Union zu schaffen. Dieses Vorhaben könne auch mittels der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit umgesetzt werden. Eine solche Politik sollte die Bündelung und gemeinsame Nutzung der Verteidigungsfähigkeiten, die gemeinsame Planung und Beschaffung sowie dauerhafte Strukturen zur Koordinierung der Verteidigung auf EU-Ebene umfassen.

3. Reform der Entscheidungsfindung

Der dritte Punkt der Erklärung betrifft die Notwendigkeit einer institutionellen Reform mit besonderem Fokus auf der Abschaffung der Einstimmigkeit in politischen Schlüsselbereichen wie der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, dem Steuerwesen und dem mehrjährigen Finanzrahmen. Diese sollten – ebenso wie Reformen der Verträge und Erweiterungen – im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens behandelt werden. Gleichzeitig wird das Europäische Parlament dazu aufgefordert, seine Unterstützung für zukünftige Haushaltspläne und den neuen mehrjährigen Finanzrahmen davon abhängig zu machen, ob der Europäische Rat den Vorschlag zur Reform der Verträge vom November

2023 weiterverfolgt. Zusätzlich wird vorgeschlagen, eine Interparlamentarische Versammlung einzuberufen, um die Umsetzung dieser Vorschläge voranzutreiben.

Der empfohlene Fahrplan stellt insgesamt einen mutigen, aber praktikablen Vorstoß zur Föderalisierung dar, wobei hierzu die Befugnisse des Europäischen Parlaments und seine Vorrechte als Haushaltsbehörde, die so ziemlich das einzige Instrument sind, um Druck auf die Mitgliedstaaten auszuüben, genutzt werden sollen.

Zuletzt fordert das neue Aktionskomitee die Schaffung einer neuen, parteiübergreifenden und interinstitutionellen pro-europäischen Koalition. Diese soll sich aus den engagiertesten Mitgliedstaaten im Europäischen Rat, der pro-europäischen Mehrheit im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten, der Kommission, regionalen und lokalen Einrichtungen zusammensetzen, um die Trägheit der einzelnen Organe zu überwinden, und auch die organisierte Zivilgesellschaft umfassen. Die Koalition soll mobilisieren und die Forderungen nach einer souveräneren und demokratischeren Union unterstützen.

Die Mission ist klar: Der politische Wille, die institutionellen Akteure und die pro-europäische Zivilgesellschaft müssen geeint werden, um den Schritt in Richtung Föderalismus zu verwirklichen. Die Aufgabe besteht nun darin, dieses Vorhaben gemeinsam umzusetzen.

Domènec Ruiz Devesa

S&D, Spanien (2019-2024)

Europa, bleibe wachsam und werde stark

Die Wintertage kommen und bekümmern Sie aufgrund ihrer Dunkelheit? Und Sie haben Hans-Gert Pötterings letztes umfassendes Werk „Europa, bleibe wachsam und werde stark“ noch nicht gelesen? Holen Sie es nach!

Suchen Sie sich einen gemütlichen Sessel und sorgen Sie für ausreichende Getränke, denn die Lektüre hält Sie in ihrem Bann und fordert unsere Reflexionen nachhaltig heraus. Es lohnt sich! 464 Seiten und die zusätzlichen Darstellungen bekannter Wegbegleiter bereichern.

Gemäß dem Vorwort von Friedrich Merz, wenn dieser betont, dass der persönliche Einsatz für Frieden und Versöhnung durch Wort und Tat (wie die Errichtung des „Haus der europäischen Geschichte“ in Brüssel) den Autor geprägt und dessen ganzes Leben unbeirrbar begleitet hat. Demokratie und die freiheitliche Ordnung sollen unser aller Leitfaden sein und unser aller beherztes und unermüdliches Ziel im Kampf gegen autoritäre Kräfte anderer Staaten auf der Welt oder möglicherweise innerhalb der Europäischen Union. Wir lernen: Nicht nur der Krieg in der Ukraine sollten uns Warnung sein! Wir müssen uns den Problemen der Gegenwart generell tatkräftig entgegenstellen. Tag für Tag!

Hans-Gert Pöttering wurde wenige Tage nach dem Ende des 2. Weltkriegs in Niedersachsen (Bundesrepublik Deutschland geboren und konnte jetzt seinen 80. Geburtstag feiern.

Sein Buch widerspiegelt einen Menschen und Politiker, der sich als unermüdlicher Verfechter von Demokratie und Freiheit in einem geeinten Europa im Jetzt und in der Zukunft darstellt.

Die reflektierten bitteren Lehren aus unserer Vergangenheit widerspiegeln die Verpflichtung jedes Einzelnen von uns, sich für den Frieden auf unserer Welt einzusetzen. Die Darstellung der Gedanken und Ideen von Hans-Gert Pöttering sind auch auf seine Familie gerichtet, indem er schreibt: "Meine Söhne Johannes und Benedikt sind die Brücke zwischen Geschichte und Zukunft!". Und alleine deswegen schon lohnt sich das Studieren des Buches. Es mahnt nicht nur, sondern widerspiegelt auch die Kraft, die uns Verantwortung, Menschlichkeit, Gemeinschaft, Klugheit und Demut lehren. Und es klingt heraus: Das Bemühen um Mehrheiten beispielhaft auch bei gesetzgeberischen Entscheidungen des Rates der Union gilt grundsätzlich, wenn die Union handlungsfähig bleiben soll. Sie sehen also, wir alle und alle europäischen Institutionen sind beteiligt. Keiner kann sich aus der Verantwortung stehlen.

Wir sollen zudem nicht vergessen und ständig beherzigen: Die europäische Einigung ist ein Anliegen des Verstandes und des Herzens. Ein Rückfall in eine allein durch nationale Interessen geprägte Europapolitik ist verderblich - also reicht auch nicht eine bloße Zusammenarbeit. Stützen wir also auch die Europäische Kommission hin zu einem starken Pfeiler exekutiv, legislativ und judikativ. Ebenso der Europäische Gerichtshof mit seiner besonderen Zuständigkeit, vermutete Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen, sollte in unserem Fokus liegen. Stillstand im Einsatz für Gerechtigkeit darf es nicht geben.

Es gibt keine historische Zwangsläufigkeit. So gilt nach wie vor unser aller Bemühen um die Einigung Europas auf der Grundlage des Staats- und Völkerrechts vorrangig. Die Einigung ist ein hohes Gut, das es unter allen Umständen zu bewahren und zu festigen gilt. D.h. Europa muss sich - und wir in Europa müssen uns - auch in unseren Tagen und immer erneut in der Zukunft bewähren.

Das Buch zeigt unsere Verantwortung für ein zufriedenes, angstbefreites Miteinander, beschreibt gewissermaßen eine „Erinnerungskultur“ mit den Höhen und Tiefen unseres Daseins. Und zwar lebendig, vielfältig und vor allem tief verwurzelt in seiner optimistischen Überzeugung, dass der Lohn aller für alle Bemühungen, die den Frieden und ein versöhnliches Miteinander stärken, eine lebenswerte Welt ist. Zumal es heißt: „es gibt auf unserer Erde kein Draußen“ mehr .

Wenn wir das bisher auch immer gehofft haben, die Vielzahl der täglichen ungunstigen Ereignisse allein in den letzten Jahren und anhaltend auch derzeit von außen an uns herangetragen, verringern sich - so irren wir uns. Nicht allein deswegen sind die Reflektionen, die Hans-Gert Pöttering uns wie ein Spiegel vorhält, nachdenkens- und bedenkenswert.

Wir säen und pflegen und ernten. Wir bauen im besten Fall eine notwendige Resilienz auf und lernen aus dem Dargestellten von Hans-Gert Pöttering und seiner verschiedenen Co-Autoren.

Unterteilt ist das Buch in 6 verschiedene Kapitel mit dem Vorwort von Friedrich Merz und der Einleitung von Hans-Gert Pöttering. Ein lesenswerter Spannungsbogen zieht sich durch das ganze Werk.

Ich komme auf meine ersten einleitenden Zeilen zurück: Nehmen Sie sich Zeit für dieses lebendige Buch. Es lohnt sich! Und ermutet."

Brigitte Langenhagen

EVP, Deutschland (1990-2004)

FOCUS: Eine globale Währung?

In diesem Artikel soll über das Thema Währung nachgedacht werden – dieses ebenso faszinierende wie tödliche Instrument für die Regierungen und die Völker.

In der Vergangenheit gehörte Europa aufgrund seines Alters und der Nähe und der Rivalität zwischen mächtigen Staaten wahrscheinlich zu den Gebieten, in denen monetäre Bürgerkriege am verheerendsten waren.

Angesichts der Fahrlässigkeit, Unfähigkeit oder Tollheit ihrer Souveräne lügen Währungen nie und führen den Menschen immer wieder die Realität vor Augen, die Politiker vor ihnen verbergen wollen.

Das deutsche Volk wird nie die Kette der Ereignisse nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg vergessen: massive Reparationszahlungen an die Gewinner, massiver Druck von Geld zur Sicherung der Zahlungen und infolgedessen eine Hyperinflation und damit eine chronische wirtschaftliche und politische Instabilität in den 1920er-Jahren, die mit der Großen Depression von 1929 ihren Höhepunkt erreichte. Diese turbulente Zeit schuf einen fruchtbaren Boden für den Aufstieg von Adolf Hitler und der Nazi-Partei. Die Deutsche Mark verlor jeglichen Wert: Ein US-Dollar war im November 1923 4,2 Billionen Mark wert. Diese Währungskrise ruinierte die Mittelschicht und höhle das Vertrauen in die demokratischen Institutionen aus.

Für Frankreich muss man natürlich den Misserfolg der Assignaten erwähnen, dieser Schuldverschreibungen, die nach der Revolution 1789 vom französischen Finanzministerium ausgegeben wurden und deren Wert durch Zuweisung (französisch assignation, daher der Name „Assignaten“) an Güter gesichert war, die die Revolutionäre von der Kirche beschlagnahmt hatten, um ihren Bankrott zu finanzieren. Die Assignaten wurden 1791 zu einer Umlauf- und Tauschwährung, und die Revolutionsversammlungen vervielfachten die Emissionen, was zu einer hohen Inflation führte. 1797 verloren die Assignaten ihren Status als gesetzliches Zahlungsmittel.

Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Russland, Mexiko, Argentinien usw. – die Liste der Staaten und ihrer Bevölkerungen, die eine schwere Währungskrise durchlebt haben, ist lang, in der Regel zu einer Zeit, in der sich bedeutende Entwicklungen zugetragen haben: die Entdeckung der Neuen Welt im Jahr 1490, die Dampfmaschine im 18. Jahrhundert, die Elektrizität im 19. Jahrhundert.

In diesem Zusammenhang ist der Euro ein enormer Erfolg der europäischen Völker, die so weise waren, das, was sie teilt, zu vereinen – genau so, wie sie in Bezug auf Kohle und Stahl einen riesigen gemeinsamen Markt geschaffen haben, anstatt Waffen herzustellen.

Durch die Vereinigung ihrer Währungen haben sie Vertrauen und die weltweit zweitwichtigste Währung geschaffen.

Der Anteil des Euro an der internationalen Währungsnutzung beträgt rund 19 %, hinter dem Dollar, der vorherrscht, aber an Bedeutung verliert. Dieses Niveau ist seit zehn Jahren stabil, im Gegensatz zum rückläufigen Anteil des Euro-Währungsgebiets am weltweiten BIP.

Im 23. Bericht über die internationale Rolle des Euro berichtet die Europäische Zentralbank (EZB), dass die internationale Rolle des Euro im Jahr 2023 gegenüber 2022 stabil geblieben ist. Krisen und geopolitische Instabilität haben die gemeinsame Währung, die ihren zweiten Platz in der globalen Währungshierarchie festigt, nicht beeinträchtigt.

Und was bringt die Zukunft?

Die Veränderungen, die vor uns liegen, sind enorm: Klimaprobleme, geopolitische Herausforderungen, Überschuldung von Staaten, Alterung der Menschen, künstliche Intelligenz, Schwächung der Demokratien.

Die wichtigste Entwicklung ist das Entstehen von Privatwährungen, Kryptowährungen, Stablecoins usw.

Einige Staaten weltweit beginnen, Kryptowährungen zu verbieten, andere erlauben sie, wieder andere regeln sie (z. B. innerhalb der Europäischen Union).

Dahinter steckt je nach Akteuren eine Mischung verschiedener Absichten: den Bürgerinnen und Bürgern und den Wirtschaftsakteuren (Unternehmen, Sparern, Verbrauchern) zu dienen, den Handel zu fördern, aber auch Korruption zu erleichtern, die Abhängigkeit vom US-Dollar zu vermeiden, internationale Wirtschafts- und Finanzsanktionen zu umgehen, Diktaturen zu finanzieren, indem sie zur Destabilisierung der aufrichtigen und naiven Demokratien beitragen, usw.

Vor diesem Hintergrund scheint das von der Europäischen Zentralbank initiierte Projekt des digitalen Euro so zögerlich, langsam oder sogar überholt zu sein: Vorbereitungsphase von November 2023 bis Oktober 2025, und wenn die Rechtsgrundlagen verabschiedet werden, könnte der digitale Euro 2029 ausgegeben werden.

In monetärer Hinsicht wurde das 19. Jahrhundert vom Pfund Sterling dominiert, das 20. Jahrhundert vom US-Dollar.

Wer wird das 21. Jahrhundert dominieren?

Sollte die nächste weltweite Krise monetärer Art sein?

Hoffen wir, dass eine supranationale globale Währung auf der Grundlage des weltweiten BIP untersucht und umgesetzt wird, z. B. auf der Grundlage lokaler Erfahrungen im Euro-Währungsgebiet.

Jean-Pierre Audy

EVP, Frankreich (2005-2014)

FOCUS: Das digitale Finanzwesen und die Zukunft des internationalen Währungssystems

Seit jeher entwickelt sich das internationale Währungssystem in Reaktion auf Veränderungen bei der Wirtschaftskraft, Technologien und der politischen Stabilität weiter. Trotz dieser ständigen Weiterentwicklung bleibt sein wesentlichstes Merkmal – die starke Trägheit – nach wie vor bestehen. Fünfzig Jahre nach dem Abkommen von Bretton Woods bildet der US-Dollar weiterhin die Grundlage des Welthandels, des Finanzwesens und der Währungsreserven.

Die weltweite Vormachtstellung des Dollars beruht auf dem weithin herrschenden Vertrauen in seine Rolle als globaler Wertspeicher. Dieses Fundament droht jedoch durch anhaltende Haushaltsdefizite untergraben zu werden. Konkret könnten Zweifel über die Tragbarkeit der Staatsverschuldung den Inflations- und Abwertungsdruck erhöhen, wodurch die Funktion des Dollars als nominaler Anker geschwächt wird. Dennoch gibt es keine andere Währung, die eine vergleichbare Kombination aus Liquidität, Sicherheit und institutioneller Glaubwürdigkeit bietet. Zwar könnte die Position des Dollars durch seine Tokenisierung kurzfristig gestärkt werden, doch könnte seine Abwertung durch digitale Innovationen, die Haushaltslage der USA und den Aufstieg neuer globaler Mächte im Laufe der Zeit nur beschleunigt werden.

Die nachstehenden Abschnitte bieten einen kurzen Überblick darüber, wie diese aufeinander wirkenden Kräfte – technologische Innovationen, haushaltspolitische Dynamiken und wechselnde geopolitische Machtgefüge – die Struktur und Stabilität des internationalen Währungssystems neu definieren könnten.

1. Die anhaltende Vorherrschaft des Dollars

Die zentrale Bedeutung des Dollars beruht auf tiefen Märkten für Staatsanleihen, institutioneller Glaubwürdigkeit und der globalen Reichweite von US-amerikanischen Finanz- und Zahlungssystemen. Diese Stärken erzeugen starke Netzwerkeffekte: Je häufiger der Dollar verwendet wird, desto größer ist der Anreiz, ihn weiterhin zu verwenden. Folglich gründet das System auf einem sich selbst verstärkendem Gleichgewicht, in dem Abweichungen vom Dollarstandard zunehmend kostspieliger werden. Diesen stabilisierenden Kräfte stehen allerdings vermehrt destabilisierende Faktoren gegenüber, die sich aus dem wachsenden Haushaltsungleichgewicht der USA und den damit verbundenen Inflationsrisiken ergeben.

2. Stablecoins

Durch an den Dollar gekoppelte Stablecoins erstreckt sich die Reichweite des Dollars bis in das digitale Finanzwesen. Gleichzeitig führen sie zu einer höheren Nachfrage nach US-Staatsanleihen, da Emittenten kurzfristige, hochwertige Vermögenswerte als Reserven halten. Durch diese Dynamik wird die Rolle des Dollars sowohl als Zahlungsmittel als auch als Wertspeicher gestärkt. Der GENIUS Act – der erste umfassende Rechtsrahmen der USA für Stablecoins – scheint darauf ausgelegt zu sein, auf kurze Sicht die Vormachtstellung des Dollars zu stärken und die Kosten der US-Schuldenfinanzierung zu senken. Angesichts der bestehenden Haushaltsungleichgewichte könnte er jedoch langfristig Systemrisiken verstärken. An den Euro gekoppelte Stablecoins machen im Gegensatz dazu nur einen

geringfügigen Marktanteil aus, was vor allem auf die Fragmentierung der Märkte für Staatsanleihen im Euro-Währungsgebiet zurückzuführen ist.

3. Digitale Zentralbankwährungen

Viele Staaten entwickeln digitale Zentralbankwährungen – sicheres, interoperables öffentliches Geld, das darauf ausgelegt ist, neben privaten Token zu bestehen. Im Euro-Währungsgebiet wird die Abwicklung von tokenisierten Vermögenswerten in Zentralbankgeld im Rahmen der Pilotprojekte Pontes und Appia geprüft. Der digitale Euro für den Massenzahlungsverkehr könnte dazu beitragen, die Währungssouveränität aufrecht zu halten. Digitale Zentralbankwährungen werden den Dollar zwar nicht allzu bald ersetzen, aber sie könnten regionale Zahlungssysteme festigen und die Abhängigkeit von einer einzigen Reservewährung verringern.

4. Argumente für eine Multipolarität

Angesichts der aktuellen geopolitischen Dynamik wäre ein allmählicher Übergang zu einem multipolaren Währungssystem eher angezeigt. Auf diese Weise könnten mehrere Reservewährungen wie der Dollar, der Euro oder der Yuan nebeneinander bestehen, was die systemische Widerstandsfähigkeit stärken und das andernfalls übermäßige Privileg eines einzelnen Emittenten schwächen würde.

Allerdings birgt auch die Multipolarität ihre Risiken. Dazu gehören stärkere Wechselkursschwankungen, ein höherer Bedarf an politischer Koordinierung und eine mögliche Fragmentierung des Finanzmarkts, wenn digitale Ökosysteme weiterhin abgeschottet bleiben. Um diese Auswirkungen zu verhindern, wird es wohl einer nachhaltigen internationalen Zusammenarbeit bedürfen.

Die Rolle des Euro in einem multipolaren Währungssystem hängt davon ab, wie die EU mit der sich wandelnden geopolitischen Lage umgehen und die Modernisierung des Finanzwesens vorantreiben wird. Wird zwecks Verringerung der Marktfragmentierung wirksam auf Tokenisierung zurückgegriffen, indem etwa der digitale Euro, digitale Zentralbankwährungen für Interbanktransaktionen und zugehörige Infrastrukturen geschaffen werden, so kann dies zu einer stärkeren währungspolitischen Position Europas beitragen. Die Entwicklung eines einheitlichen und liquiden Marktes für Euroanleihen, bei denen es sich um eine zuverlässige, internationale sichere Anlage handelt, ist ein weiterer wichtiger Schritt, um den Umfang und die Tiefe zu erreichen, die notwendig sind, damit die Rolle des Euro in einem von einer übermäßigen Spartätigkeit geprägten globalen Umfeld gestärkt wird. Diese Reformen können ihr volles Potenzial nur dann entfalten, wenn sie in einem glaubwürdigen haushaltspolitischen Rahmen durchgeführt werden, der die Notwendigkeit der kurzfristigen Stabilisierung der Wirtschaft einerseits und das Ziel der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen andererseits in ausgewogenem Maße miteinander vereinbart. Dies könnte etwa durch Maßnahmen erreicht werden, die Innovationen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern.

5. Nichtstaatliche digitale Währungen

Nichtstaatliche digitale Währungen könnten Entscheidungsträger vor Herausforderungen stellen. Auf Blockchain-Technologien beruhende Ökosysteme – wie zum Beispiel dezentralisierte Finanzplattformen oder die auf dem US-Dollar beruhenden Stablecoins von PayPal (PYUSD) – arbeiten bereits mit ihren eigenen Transaktions- und Abwicklungskanälen. Private Ökosysteme können sich ausdehnen und an Vormacht gewinnen, vor allem wenn der auf den Haushalten lastende Druck und das nachlassende Vertrauen in die führende Rolle der USA den Reiz des Dollars untergraben und keine zuverlässige staatliche Alternative in Sicht ist.

Sollten nichtstaatliche digitale Währungen breite Akzeptanz finden, könnten Regierungen die Kontrolle über die Geldschöpfung und die geldpolitische Transmission verlieren. Das Vertrauen in digitale Währungen hängt nach wie vor von der Zuverlässigkeit und Sicherheit ihrer Protokolle ab. Dabei handelt es sich um algorithmische Vorgaben, mit denen die Ausgabe, Abwicklung und Überwachung geregelt wird. In einem solchen System würde das Vertrauen, das Fiatwährungen aufgrund fiskalpolitischer Disziplin, der Glaubwürdigkeit der Zentralbank und der Rechtsstaatlichkeit entgegengebracht wird, durch Vertrauen in die Sicherheit und Transparenz digitaler Protokolle ersetzt werden. Derartige Veränderungen würden zwar erhebliche Risiken für die Währungshoheit von Staaten bergen, liegen aber angesichts der technologischen Lücken bei der Entwicklung von Protokollen, die vertrauenswürdig und effizient genug sind, um zuverlässige, schnelle und skalierbare digitale Zahlungen zu unterstützen, derzeit noch in weiter Ferne.

Leonardo Melosi

Professor für Wirtschaftswissenschaften am Europäischen Hochschulinstitut

FOCUS: Möglichkeiten für das globale Währungssystem

Ohne monetäre Tausch- und Abrechnungssysteme gibt es keine funktionierenden und dynamischen Volkswirtschaften. Der internationale Handel zwischen Ländern und Handelsblöcken funktioniert nicht ohne ein vereinbartes Währungssystem. Dieses System ist abhängig von Geld, den vereinbarten Zahlungssystemen und insbesondere dem Vertrauen der Öffentlichkeit. Vom Abkommen von Bretton Woods 1944 bis zu der Einrichtung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wurde auf internationaler Ebene ein langsamer, aber entschlossener Versuch unternommen, die globalen Bedingungen für Währungsgeschäfte zu verbessern. Besonders in den letzten fünfzehn Jahren wurden so viele internationale Normen im Bereich des globalen Währungssystems ausgearbeitet wie nie zuvor.

Eine Frage bleibt jedoch: Erfüllen die internationalen Institutionen, die wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgebaut haben, ihren Zweck in einer neuen Weltordnung, in der wir uns scheinbar immer mehr von einem regelgestützten zu einem machtgestützten System bewegen? Das multilaterale Währungssystem steht unter Druck. Es ist unvermeidbar, dass die Fragmentierung und die Risiken in der Weltwirtschaft jetzt und in Zukunft zunehmen.

Auch die traditionellen Instrumente, die den Zentralbanken zur Verfügung stehen, stehen zunehmend vor Herausforderungen. Durch die Entstehung von Stablecoins, Krypto- und Digitalwährungen sowie mit diesen Entwicklungen verbundenen neuen Technologien wird auch die Fähigkeit der Zentralbanken infrage gestellt, das Währungssystem durch die traditionellen Instrumente der Zinspolitik und der Maßnahmen für die Finanzstabilität zu beeinflussen. Und wird die Unabhängigkeit der Zentralbanken in dieser neuen multipolaren Weltordnung weiterhin respektiert?

Die Zentralbanken bilden den Eckpfeiler des Währungssystems. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in Geld und das System basiert grundlegend auf der Zuversicht, dass die Zentralbanken in der Lage sind, Zahlungsmittel auszugeben und ihre Aufgaben im Hinblick auf die Preis- und Finanzstabilität zu erfüllen.

Die Umstände, die vor mehr als zehn Jahren zur globalen Finanzkrise geführt haben, haben gezeigt, wie stark die Akteure des Finanzsystems miteinander verflochten sind. Seit 2009 wurden wichtige Fortschritte erzielt: Hier in der EU wurde die Bankenunion gegründet – mit neuen Institutionen wie dem SSM und dem SRB, um eine gemeinsame Bankenaufsicht und Abwicklung von Banken zu erreichen. Mit Organisationen wie der Internationalen Vereinigung der Wertpapieraufsichtsbehörden wurde eine bessere internationale Koordinierung erreicht, um globale Standards für den Wertpapiersektor zu setzen. Im Rahmen der Basler Vereinbarungen wurden internationale Kapitalvereinbarungen eingegangen – auch wenn wir hier besonders in den letzten zwölf Monaten zunehmend Meinungsverschiedenheiten erleben.

Und auch wenn die Zentralbanken und die internationalen Normungsorganisationen eine wichtige Rolle im Währungssystem einnehmen, werden die meisten Zahlungen und Kundendienste von kommerziellen Banken und anderen privaten Zahlungsdienstleistern durchgeführt. Für Unternehmen, die in diesem System tätig sind, müssen die gleichen

rechtlichen Verpflichtungen und Aufsichtsaufgaben gelten, an die sich auch Behörden halten müssen. Auch wenn natürlich einige Unternehmen ausfallen werden – und für Finanzdienstleister wird es niemals einen Nullrisiko-Ansatz geben –, ist wichtig, dass sich ein solcher Ausfall nicht zu einem systemischen Problem für den Markt insgesamt entwickelt. Die Herausforderung für die Regulierungsbehörden liegt darin, so zu regulieren, dass Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten gefördert, Innovationen vorangetrieben und die Verbraucher geschützt werden.

Durch dezentrale Technologien und sich wandelnde geopolitische Allianzen werden historische Anker für das Vertrauen in die Zentralbanken infrage gestellt. Das Finanzsystem durchläuft einen schnellen technologischen Wandel, was auch richtig und notwendig ist, um mit den strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft und der Gesellschaft mitzuhalten.

Eine technologische Innovation, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist die Tokenisierung von finanziellen Vermögenswerten. Diese Technologie bietet möglicherweise eine höhere Sicherheit, Effizienz und Transparenz für die Finanzmarktinфраstruktur bei der Übertragung von Vermögenswerten in Echtzeit.

Die Zentralbanken prüfen, wie diese Technologie zur Zahlungsabwicklung innerhalb des Finanzsystems genutzt werden kann, die auch als digitale Zentralbankwährung für den Großkundenbereich bezeichnet wird. Der technologische Wandel beeinflusst auch den von Einzelpersonen und Unternehmen durchgeführten Massenzahlungsverkehr. Die EZB schlägt, wie auch andere Zentralbanken weltweit, die Ausgabe eines digitalen Euro im Euro-Währungsgebiet vor. Dieses Projekt macht schnelle Fortschritte, wobei es erst seit Kurzem von den europäischen Finanzministern unterstützt wird.

Eines der überzeugenden Argumente für digitale Zentralbankwährungen ist, dass die Zentralbanken dadurch die Kontrolle gegenüber privaten Stablecoins zurückerlangen könnten. Diese Kontrolle könnte die Risiken mindern, die von Kryptowährungen ausgehen. Gleichzeitig könnten die Zentralbanken durch die Entwicklung von öffentlich besicherten digitalen Währungen in einem digitalen Umfeld mit privaten Emittenten konkurrieren.

Wir haben die Auswirkungen von Stablecoins auf verschiedene Märkte erlebt, besonders in den USA, und die dramatischen Projektionen für ihre Verwendung und ihren Wert in den nächsten fünf Jahren gesehen. Die meisten Stablecoins sind an den US-Dollar gebunden; daraus ergibt sich die Frage: Wird dadurch die Vormachtstellung des US-Dollars in der Weltwirtschaft gefördert? In der EU gibt es interessante Entwicklungen. Im September gab ein aus neun Banken bestehendes Konsortium für einen auf dem Euro basierenden Stablecoin ein Gemeinschaftsprojekt im Rahmen der neuen Verordnung über Märkte für Kryptowerte, die vom letzten Europäischen Parlament verabschiedet wurde, bekannt.

Wenn wir unseren Blick auf die Zukunft richten und zu verstehen versuchen, wie sich diese Entwicklungen möglicherweise auf das neue weltweite digitale Währungssystem auswirken werden, ist eine Sache sicher: Jetzt beginnt eine Zeit erhöhter Abwärtsrisiken. Den Wunsch, die Koordinierung auszuweiten und die traditionelle vom IWF und den G20 eingenommene Rolle zu stärken, gibt es zurzeit nicht. Auf uns kommen wahrscheinlich eine stärkere Fragmentierung zwischen regionalen Währungssystemen und weniger internationales Einvernehmen über das weitere Vorgehen zu. Der Weg vor uns ist steinig und die Aussichten sind nicht gerade rosig.

Brian Hayes

EVP, Irland (2014-2019)

Mitglied des Vorstands der Europäischen Bankenvereinigung

FOCUS: Das globale Währungssystem nach Bretton Woods

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das globale Währungssystem durch aufeinander folgende Veränderungen stetig weiterentwickelt, blieb dabei allerdings im Wesen des Bretton-Woods-Systems verankert: dem Vertrauen in regelgebundene Zusammenarbeit und Währungsstabilität unter Führung der USA. Das System verliert jedoch an Bedeutung. Nach Jahrzehnten der finanziellen Liberalisierung, der erfolgreichen Krisenbewältigung und der etablierten Vorherrschaft des Dollars untergraben der Wandel in der Innenpolitik der USA und ihre neue Herangehensweise an internationale Beziehungen die Grundfesten der globalen Währungsordnung. Der Dollar gilt als weltweite Leitwährung, aber seine Rolle als sichere Anlage wird zunehmend angezweifelt. Ohne erneutes multilaterales Engagement wird aus dem globalen Währungssystem eine Welt entstehen, die in Blöcke geteilt und von Instabilität geprägt ist, so wie in der Zeit vor Bretton Woods.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Struktur des globalen Währungssystems auf institutioneller, politischer und konzeptueller Ebene tiefgreifend gewandelt. Die Veränderungen orientierten sich jedoch überwiegend am Abkommen von Bretton Woods, das ein stabiles internationales Währungssystem als Grundlage für die Sicherung des Friedens und Wohlstands vorsah. Werfen wir einen Blick auf den Weg, der uns, so scheint es, wieder an den Anfang zurückgeführt hat:

Das ursprüngliche Bretton-Woods-Modell stützte sich auf einen weltweiten nominalen Anker — die Konvertierbarkeit des US-Dollars in Gold — der alle Länder durch ein System fester, aber anpassbarer Wechselkurse miteinander verband. Die Bretton-Woods-Institutionen waren darauf ausgerichtet, den Handel und die Finanzstabilität zu fördern, jedoch nicht die Mobilität von Kapital, die als destabilisierend angesehen wurde. Durch den Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen standen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) genügend Ressourcen zur Verfügung, um Zahlungsbilanzschwierigkeiten auszugleichen und unter der Führung der USA gemeinsame politische Maßnahmen auf globaler Ebene zu koordinieren.

Krise und Reform des ursprünglichen Bretton-Woods-Modells

Es wurde jedoch schnell klar, dass das ursprüngliche Modell nicht bestehen bleiben konnte. Das System begann sich aufzulösen, als die Vereinigten Staaten – vorhersehbarerweise – ihre inländischen Ziele über die Sicherung der Konvertierbarkeit von Gold stellten. Die durch Kriegsausgaben und Sozialprogramme angeheizte Inflation in den 1960er Jahren schwächte den Goldstandard. Dazu kam die Ölpreiskrise in den 1970er Jahren, durch die es zu starken monetären Turbulenzen kam und die die Durchführbarkeit von Kapitalverkehrskontrollen beeinträchtigte. Die Vormachtstellung des Dollars wurde auf eine harte Probe gestellt: Die USA konnten ihren geopolitischen Einfluss nutzen, um ausländische Zentralbanken – jedoch nicht die privaten Märkte – vom Verkauf des Dollars abzuhalten.

Das Bretton-Woods-Modell wurde durch drei wesentliche Reformen neu gestaltet. Zuerst wurde eine Änderung am IWF-Übereinkommen vorgenommen, durch die die Länder selbst über die bevorzugte Wechselkursregelung entscheiden konnten. In Europa schlug man den Weg hin zu einer Währungsunion ein, während andere Industriestaaten variable Zinssätze einsetzten. Zweitens begannen die führenden Nationen mit einer internen Deregulierung und der Liberalisierung des externen Kapitalverkehrs und legten damit die Grundlage für die schnelle Finanzialisierung der Weltwirtschaft. Drittens wurde durch den Inflationsabbau

durch Reagan und Volcker ein Dollar-zentriertes System wiederhergestellt, in dem der Anker der Konvertierbarkeit von Gold jedoch durch eine Finanz- und Geldpolitik ersetzt wurde, durch die geringe und stabile Inflationsraten sichergestellt werden sollten.

Kontinuität in Krisenzeiten

Aufgrund der Deregulation des Markts und des freien Kapitalverkehrs wurde die Welt anfälliger für monetäre und finanzielle Instabilität. Ab Mitte der 1990er Jahre bauten Schwellenländer große Dollar-Rücklagen auf, um sich gegen Krisen abzusichern. Im Bretton-Woods-II-System spielte die US-Währung für den Handel und das Finanzwesen weiter eine zentrale Rolle. Das globale Ungleichgewicht verstärkte sich, da die Vereinigten Staaten anhaltende Leistungsbilanzdefizite aufbauten und die Produktionsketten sich weltweit verlängerten — vor allem, nachdem China der Welthandelsorganisation beitrug. Das Vertrauen in die Selbstregulierung der Märkte begünstigte die ungehinderte Globalisierung. Der regelbasierte Multilateralismus blieb bestehen, aber die Märkte dominierten die intellektuelle und institutionelle Debatte immer mehr.

Mit dem neuen System konnten zwar regionale Krisen bewältigt werden – wie die in Mexiko, Ostasien und Russland –, nicht aber die globale Finanzkrise abgewendet werden, durch die Finanzmarkturbulenzen und staatliche Ausfallrisiken in Industriestaaten verursacht wurden. Obwohl die Krise in den USA begann, nahm die Vormachtstellung des Dollars zu, da die globale Finanzkrise seine Bedeutung als sichere Anlage verstärkte. Investoren waren weiterhin überzeugt, dass der Dollar bei einem globalen Abschwung an Wert gewinnen würde. Die USA wurde durch Devisenswap-Vereinbarungen der Federal Reserve, die die globalen Finanznetzwerke stabilisierten, zum Kreditgeber letzter Instanz.

Der Zerfall der multilateralen Führung

Das Bretton-Woods-System, das regelbasierten Multilateralismus und internationale Zusammenarbeit förderte, überdauerte den Goldstandard, die Deregulierung, die Liberalisierung und mehrere Krisen. Was sich in den 2010er Jahren änderte, war, dass die weltweite Führung durch multilaterale Institutionen für die USA sehr viel schwieriger wurde. Der Anteil der USA am globalen BIP sank stetig im Vergleich zu Asien, während die innerstaatliche Unzufriedenheit mit der Globalisierung protektionistische Bestrebungen befeuerte und das Vertrauen in internationale Zusammenarbeit schwächte. Politiker nutzten die Situation und übernahmen ein provokantes, von Unmut getriebenes Narrativ, das die neue und zerstörerische Herangehensweise der USA für die Weltordnung definiert, die sie einst stabilisierten.

Die Bausteine eines stabilen Währungssystems – ein weltweiter nominaler Anker, Institutionen, die die globale Zusammenarbeit fördern, ein weltweites Mächtegleichgewicht – werden alle in Frage gestellt.

Aktuell üben die USA ihre Macht durch aggressive bilaterale Abkommen anstatt durch die Verwaltung der internationalen Zusammenarbeit aus. Der Dollar ist weiterhin die vorherrschende Währung, aber sein Status als sichere Anlage wird auf den Märkten angezweifelt. Obwohl Investoren weiterhin stark auf Dollar lautende Wertpapiere setzen – was bleibt ihnen anderes übrig? –, versuchen sie, sich verstärkt durch Investitionen auf Derivatemarkten abzusichern.

In den USA weisen die hohe Staatsverschuldung und die politische Einflussnahme auf die Federal-Reserve auf eine steigende Toleranz gegenüber der Inflation hin. Dies könnte zu Kapitalverkehrskontrollen und finanzieller Repression führen, da die USA Probleme haben werden, Fremdkapitalkosten zu begrenzen – was weltweit destabilisierende Folgen hätte. Die Instabilität könnte sich aufgrund der digitalen Währungen weiter verstärken, die, obwohl sie potenziell effizienzsteigernd sind, zu Instrumenten von geopolitischen Rivalitäten und Aufsichtsarbitrage in einem konflikträchtigen Umfeld werden.

Jahrzehntelang hat sich das globale Währungssystem an die sich wandelnden Umstände angepasst, blieb dabei aber dem Bretton-Woods-System treu. Die dominierende Macht hat es nun aufgegeben. Ohne erneutes multilaterales Engagement wird aus dem globalen Währungssystem eine Welt entstehen, die in Blöcke geteilt und von Instabilität geprägt ist, so wie in der Zeit vor Bretton Woods.

Giancarlo Corsetti

Professor und gemeinsamer Vorsitzender des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften am Europäischen Hochschulinstitut

FOCUS: Globale Währungskrise

Nein, der Beginn einer neuen Finanzära.

Seit Jahren wird die Diskussion um eine drohende globale Währungskrise geführt. Richtig ist, dass sich die Welt derzeit in einer Phase rasanter geopolitischer, technologischer und wirtschaftlicher Umbrüche befindet. Mit der sich verändernden Weltwirtschaftsordnung und dem Entstehen neuer Machtzentren gewinnt die Frage, welche Währungen die Zukunft dominieren werden, zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig erleben wir die dynamische Weiterentwicklung digitaler Vermögenswerte Bitcoin notierte im Oktober bei über 120.000 US-Dollar, und auch der Stablecoin-Markt wächst rasch – nicht nur in den USA, sondern zunehmend auch in Europa.

Was wir derzeit sehen, gleicht weniger einer globalen Währungskrise als einem tiefgreifenden Transformationsprozess. Stabilität und digitaler Wandel existieren nicht im Widerspruch, sondern im Zusammenspiel.

Krypto-Assets und Stablecoins Neue Akteure im Währungssystem

Krypto-Assets haben sich in den vergangenen Jahren zu einer ernstzunehmenden Ergänzung des globalen Finanzsystems entwickelt. Derzeit liegt die Marktkapitalisierung aller Stablecoins bei 293 Mrd. Dollar. Ihr verbindendes Element ist, dass die größten Stablecoins wie Tether (USDT) und USD Coin (USDC) in irgendeiner Form an den US-Dollar gebunden sind, obgleich nur etwa jede fünfte Transaktion in den USA stattfindet. US-Finanzminister Scott Bessent geht davon aus, dass der Stablecoin-Markt bis 2030 3,7 Billionen Euro schwer sein wird.

Stablecoins bieten Vorteile gegenüber klassischen Banktransaktionen. Sie machen internationale Überweisungen schneller, günstiger und transparenter. Während herkömmliche Zahlungen ins nichteuropäische Ausland oft Tage dauern, erfolgen Stablecoin-Transaktionen nahezu in Echtzeit.

Der Genius Act ist Amerikas strategische Antwort

Stablecoins sind längst kein Randphänomen mehr. Das erkennt auch der Genius Act der USA. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass Stablecoins zu 100 Prozent durch US-Dollar oder durch kurzlaufende, liquide US-Staatsanleihen gedeckt sein müssen. Im Kern handelt es sich beim Genius Act nicht nur um Finanzregulierung, sondern um eine gezielte Strategie zur Festigung der Dollar-Dominanz im Zeitalter der digitalen Währungen.

MiCA macht Europa zum Stabilitätsanker

Europa geht bewusst einen anderen Weg. Mit der Markets in Crypto-Assets Regulation (MiCA) hat die Europäische Union als erste große Wirtschaftsregion weltweit einen umfassenden, verbindlichen Rechtsrahmen für den Umgang mit Krypto-Assets geschaffen. Die MiCA definiert klare Leitplanken für Anbieter, Investoren und Aufsichtsbehörden und fördert damit Vertrauen und Marktreife.

Die Verordnung schafft klare und einheitliche Regeln für alle Mitgliedstaaten. Sie legt fest, wer Stablecoins ausgeben darf, wie sie abgesichert sein müssen und welche Transparenzpflichten für Emittenten gelten. MiCA sorgt damit für Rechtssicherheit, Anlegerschutz und faire Wettbewerbsbedingungen, ohne Innovation zu ersticken.

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.
Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

Vor einigen Jahren plant Meta Facebook den globalen Zahlungsverkehr mit seinem Stablecoin „Libra“ (später „Diem“) zu revolutionieren. Die Digitalwährung sollte sich als weltweit nutzbares Zahlungsmittel im Onlinehandel etablieren. Damit hätte ein privates Technologieunternehmen eine zentrale Rolle im internationalen Finanzsystem eingenommen - ein Szenario, das in Washington bis Brüssel erhebliche Bedenken auslöste. Hätte Libra global die Reichweite von WhatsApp oder Instagram erreicht, also eine Nutzerzahl in Milliardenhöhe, hätte die Reserve größer als die Devisenreserven vieler Staaten werden können. Man kann sagen, Mark Zuckerberg wäre eine Zentralbank geworden. Genau dieses enorme finanzielle Gewicht war einer der Hauptgründe, weshalb Regierungen und Notenbanken das Projekt blockierten. Ein derart signifikanter Stablecoin, der die Stabilität des Finanzsystems gefährden könnte, wäre unter der MiCA in der Europäischen Union nicht zugelassen worden.

In den kommenden Jahren ist sicherlich mit einer Bereinigung des Stablecoin-Marktes zu rechnen. Viele kleine Emittenten werden den Markt verlassen. Die MiCA verhindert eine „Coinkleinstaaterei“ und damit ein unüberschaubares Nebeneinander zahlreicher, teils instabiler Währungen, und schafft einheitliche Standards und Stabilität. Die MiCA macht Europa zu einem globalen Vorreiter in der Regulierung digitaler Finanzmärkte – und der Euro kann sich als stabiler und vertrauenswürdiger Anker in der neuen digitalen Finanzordnung positionieren.

Abschließend lässt sich sagen Der Wettbewerb zwischen klassischen Währungen und digitalen Angeboten führt nicht zu Krisen und Instabilität, sondern zu einer breiteren und resilienteren Struktur des globalen Finanzsystems – gestützt durch verlässliche Regulierung.

Stefan Berger

EVP, Deutschland (2019-...)